

25
Jahre

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

102

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287

2017

Frühling

Das Spiel mit dem Feuer

Nationalismen im Aufwind

Sie haben Fragen ...

- an den Bundeskanzler,
an den Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien,
an die Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung
- zu aktuellen Themen der Regierungspolitik
- zur Europäischen Union
- zur öffentlichen Verwaltung in Österreich
- zum politischen System in Österreich
- zu persönlichen Anliegen
- zu E-Government
- zu Handy-Signatur und Bürgerkarte

Bürgerinnen- und Bürgerservice – Service- und Europatelefon

Servicezeiten: Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr (werktags)



0800 222 666
(gebührenfrei aus ganz Österreich)



service@bka.gv.at



Bürgerinnen- und Bürgerservice
Postanschrift: Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1, 1010 Wien



+43 1 531 15-204274

Beim Team des Service- und Europatelefons des Bundeskanzleramtes ist Ihr Anliegen in den besten Händen. Sie bekommen umfassende und kompetente Beratung und Information.



Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin und Verlegerin: **Bürgerinitiative Demokratisch Leben**, Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck | Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien, Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Ursula Hemetek, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig**

Kolumnen: **Hakan Gürses, Erwin Riess, Vida Bakondy**
Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: **fazzDesign** (Fatih Aydoğdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: **Nikolaus Stenitzer** | www.zeichenweise.com



Herstellung (Repro & Druck):

Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

UW785 Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.
Verlags- und Erscheinungsort: **Innsbruck** | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: **Helga Kovrigar** | office@initiative.minderheiten.at
Aboservice: **Kai Kovrigar** | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland
(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

www.zeitschrift-stimme.at

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

04 | **Aushang**
Kurzmeldungen

05 | **Editorial**
Gamze Ongan

06 | Eine **Stimmlage** zu meiner Stimmungslage
Hakan Gürses

08–10 | **Friede der Plätze, Krieg der Paläste**
Hakan Gürses

11–13 | **Die Nation – just imagined or really faked?**
Richard Schubert

14–15 | **Polen – Nationalisten im Vormarsch**
Martin Pollack

16–17 | **Ungarns integrale Tradition**
Magdalena Marsovszky

18–20 | **„Durch Reinheit zur Einheit“**
Karin Stögner

21–22 | **Angst und Schrecken im Land der Einwanderer**
Zsaklin Diana Macumba

23–26 | **Als nach Milošević das Wasser kam**
Marco Dinić

27 | **Groll** im Labyrinth
Erwin Riess

28–29 | **Nachlese** | Pro-queerer Nationalismus
Petra Permesser

30–31 | **Spurensicherung** | Die Kontinuität des Ewiggestrigen
Vida Bakondy

32–33 | **Lektüre**
Rezensionen

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.



Patricia Hladschik | Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Alle Menschen!

Das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) wurde mit dem **Demokratiepreis 2016 der Margaretha-Lupac-Stiftung** ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand am 13. Februar 2017 im Parlament statt.

Die Jury unterstrich in ihrer Begründung die Bedeutung des BIM als größtem unabhängigen österreichischen Menschenrechtsinstitut, das seit 20 Jahren auf nationaler und internationaler Ebene tätig ist.

Das Institut erarbeitet wissenschaftliche Grundlagen für die Stärkung der Demokratie, verfasst Gutachten zu menschenrechtlichen Fragestellungen und ist in der Vermittlung des Wissens über Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit tätig, hier insbesondere mit dem „Zentrum Polis – Politik Lernen in der Schule“.

Patricia Hladschik, Co-Geschäftsführerin und Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am Institut, betonte in ihrer Dankesrede, wie der Satz „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ zu verstehen sei: „Eine der wichtigsten Aufgaben eines Menschenrechtsinstituts ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, was denn *alle Menschen* bedeutet: *alle* Männer und Frauen, *alle* jungen und alten Menschen, *alle* Menschen, die mit einer Behinderung leben, *alle* Menschen, die einer Minderheit angehören, *alle* Menschen jeglicher Herkunft, *alle* Menschen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft“, und ergänzte: „Nur wenn wir *alle Menschen* so begreifen, kann dieser schlichte und schöne Satz seine Wirkung als Rückgrat der Demokratie entfalten.“

Wir gratulieren!

<http://bim.lbg.ac.at>

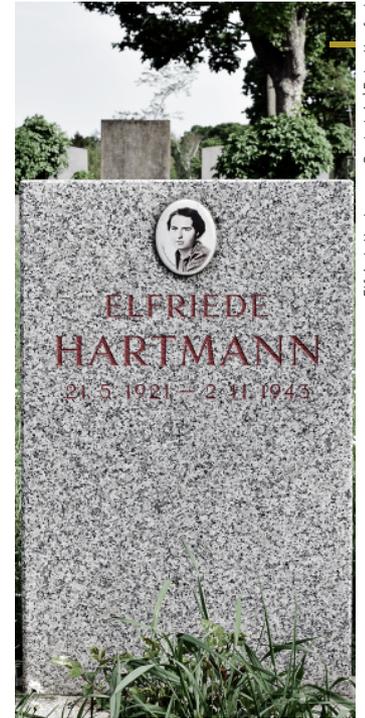
Eine von vielen

Der Verein exil bietet in Kooperation mit dem Verein Kulturzentrum Spittelberg und dem DÖW Workshops für Schulklassen ab der achten Schulstufe zum Thema Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie gegen Rechtsextremismus heute an. Das Programm ist der Erinnerung an die österreichische Widerstandskämpferin **Elfriede Hartmann** gewidmet, die in einer kommunistischen Jugendorganisation tätig war und 1943 von der NS-Justiz in Wien zum Tode verurteilt und mit 21 Jahren hingerichtet wurde.

Im Rahmen der Workshops findet eine Lesung aus Briefen und Kassibern (eng beschriebenen Stoffstücken, die in Kleidersäume eingenäht aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt wurden) Elfriede Hartmanns statt. Anschließend haben teilnehmende Jugendliche Gelegenheit, Fragen an die Workshopleiterin und Schauspielerinnen Johanna Mertinz zu stellen bzw. von eigenen und/oder durch die Familie überlieferten Kriegs- und Verfolgungserfahrungen zu berichten.

Die Ausstellungen „Lob des Ungehorsams“ (DÖW) und „Widerstand!“ (Verein exil) sowie eine Musik-Text-Werkstatt unter der Leitung von Andreas Holleschek sind ebenso Teil der Workshops.

Am 21.6.2017 findet im Hof des Amerlinghauses ein Projektabschlussfest für alle Schulklassen statt.



Elfriede Hartmanns Grabstein | Foto: Haefner

Termine: 19.4., 24.4. und 3.5.2017, jeweils 10 bis 13 Uhr

Ort: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Terminreservierung: 0699 1234465
verein.exil@inode.at

SOHO in Ottakring – Jenseits des Unbehagens

Die wachsende Skepsis gegenüber Gegenwart und Zukunft der demokratischen Gesellschaft bringt das Kunstprojekt **SOHO in Ottakring 2017/18** dazu, sich mit folgenden Fragen zu befassen: Welche Spielräume können in der Gesellschaft entstehen, die, jenseits der Logik des Wettbewerbs und der Verdrängung, auf Formen der Inklusion basieren? Schaffen die sehr ungleichen Zugänge zu Arbeitsverhältnissen eine „Demokratie für Auserwählte“, und wird Demokratie nur noch ein *Traum* von sozialer Gerechtigkeit sein, weil sie keinen Nährstoff findet?

Zu den 2011 eingeführten Werkzeuggesprächen werden Menschen aus

unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen eingeladen, ins Gespräch mit Expert_innen zu kommen. Außerdem lädt das Team von SOHO in Ottakring 2017 sechs Künstler_innen ein, sich mit dem Schwerpunktthema fotografisch auseinanderzusetzen.

Im Juni 2018 werden, ebenfalls unter dem Motto „Jenseits des Unbehagens – Vom Arbeiten an der Gemeinschaft“, rund 25 von einer Jury ausgewählte Kunstprojekte realisiert. Der Open-Call startet im August 2017.

<http://www.sohoinottakring.at/bienales-programm-2017>



Foto: Paul Sturm | Grafik: Peter Luger

Populistische und nationalistische Parteien legen bei Wahlen und Abstimmungen (nicht nur) in Europa stark zu. Ihre Gemeinsamkeiten liegen in der Ablehnung von Einwanderung, der Skepsis gegenüber der Europäischen Union, dem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Medien sowie Antifeminismus und Homophobie. Die Idee des offenen, minderheitenfreundlichen Europas schwindet rasant, während Nationalismen nahezu in Diktaturen übergehen. In unserer Frühlingausgabe widmen wir uns den erschreckend zunehmenden Renationalisierungstendenzen, deren Ende leider nicht in Sicht ist.

Ein kurzes Aufblitzen von Hoffnung, gewaltlose, starke Protestbewegungen – vom arabischen Frühling über die Gezi-Bewegung bis zur Maidan-Revolution – bestimmten die 2010er Jahre. **Hakan Gürses** sucht Erklärungen für die Zeit danach, in der Staatsstürche und Diktaturen die aufkommende pluralistische Kraft der Bürger_innen im Keim erstickten. Soll man und kann man überhaupt Nationalist_innen aufklären? Der Schriftsteller **Richard Schubert** macht sich „verstreute“ Gedanken.

Ungarn und Polen sind die ersten EU-Länder, deren nationalkonservative Regierungsparteien einen radikalen Umbau des politischen Systems verfolgen. Wir haben die deutsch-ungarische Kulturwissenschaftlerin **Magdalena Marsovszky** sowie den Schriftsteller und Osteuropa-Experten **Martin Pollack** um Analysen der Entwicklungen in Osteuropa gebeten.

Auch in Österreich wäre beinahe ein Rechtspopulist zum Staatspräsidenten gekürt worden. Die Soziologin und Historikerin **Karin Stögner** weist in ihrem Beitrag auf die Verschränkung von Nationalismus und Antifeminismus im Weltbild der Freiheitlichen Partei Österreichs hin.

„I am a dreamer. You can't deport ideals“ war Ende Jänner dieses Jahres auf dem Plakat einer New Yorker Demonstrantin zu lesen. Dreamers – abgeleitet vom amerikanischen Traum – nennen sich Kinder illegaler Einwanderer in den USA. **Zsaskin Diana Macumba** berichtet über die Einwanderungspolitik der Trump-Regierung und die neuen Ängste der Betroffenen.

Unsere Themenstrecke schließen wir mit einem literarischen Text ab: „Als nach Milošević das Wasser kam“ – der Schriftsteller **Marco Dinić** stellte der Stimme seinen Romanauszug zur Verfügung, den er beim Ingeborg-Bachmann-Preis 2016 in Klagenfurt gelesen hat.

Ein Besuch in der Gemäldegalerie des Museums für Bildende Künste am Schillerplatz bestätigt *Groll* und dem *Dozenten* zum wiederholten Male die systematische Verletzung der Barrierefreiheit in öffentlichen Institutionen. **Erwin Riess** erzählt.

Die *Radio-Stimme-Nachlese* greift auf eine Sendung vor, die im Mai 2017 ausgestrahlt wird: **Petra Permessier** befasst sich mit dem Homonationalismus.

Ein Foto, das eine Demonstration der Nationaldemokratischen Partei Österreich im Februar 1971 festhält, war für **Vida Bakondy** Anlass, für die *Spurensicherung* die Hintergründe zu recherchieren.

Das Jahr 2017 begann mit dem lange Unvorstellbaren: Am 20. Jänner wurde der rechtspopulistische Geschäftsmann Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Für Erleichterung sorgte das niederländische Wahlergebnis – wenngleich der Nationalist Geert Wilders zulegen konnte, blieb er weit hinter dem selbstgesteckten Ziel zurück, seine „Partij voor de Vrijheid“ (Partei für die Freiheit) als stärkste Kraft im niederländischen Parlament zu etablieren. Am 16. April findet in der Türkei das Referendum über eine Präsidialdemokratie statt, wonach der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt und mit einer ungewöhnlichen Machtfülle ausgestattet werden soll. In Frankreich werden Marine Le Pen, der Vorsitzenden der rechtspopulistischen Front National, ernsthafte Chancen bei der Präsidentschaftswahl am 23. April und 7. Mai dieses Jahres eingeräumt. Und am 24. September steht schließlich die Bundestagswahl in Deutschland an, wo trotz zuletzt sinkender Umfragewerte die rechtspopulistische AfD erstmals in den Bundestag einziehen könnte.

Bewegte Zeiten also, wie wir sie die vergangenen 25 Jahre der Stimme so noch nicht erlebt haben. Doch ist es Frühling und nicht alle Wahlen sind geschlagen. Ungeachtet dessen, wie die Länder wählen, liegt es auch an uns, unseren Beitrag für Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit zu leisten. Es ist nie umsonst.

In diesem Sinne wünscht Ihnen viel Licht,
Heiterkeit und Zuversicht

Gamze Ongan | Chefredakteurin



Neue Nationalismen

Eine Stimmlage zu meiner Stimmungslage

Darf ein Kolumnist ausnahmsweise auch von seinem eigenen emotionalen Zustand berichten?

In der letzten *Stimmlage* hatte ich angekündigt, das dort angerissene Thema (Populismus und ein autoritärer Trend in mehreren Staaten) im nächsten Heft fortzusetzen. Die Chefredakteurin teilte mir in der Zwischenzeit mit, ich könne auch mehr Platz für die betreffenden Überlegungen bekommen. Daraufhin schrieb ich einen längeren Text (siehe Thema-Teil). Jetzt stehe ich allerdings mit einem schwerwiegenden Problem da: Wo nehme ich das Thema für diese Kolumne her?

Die Welt ist wieder einmal aus den Angeln. Das, was ich als *meine* Welt bezeichne, jedenfalls. Ich kann momentan über nichts anderes schreiben. Dieser Geisteszustand ist mir vertraut. In den letzten 25 Jahren, seit ich für diese Zeitschrift tätig bin, hatte ich einige Male solche Thema-Blockaden: in verschiedenen Etappen des Jugoslawien-Kriegs; während der Serie von Briefbomben mitsamt dem Oberwarter Attentat gegen Roma; als „humanitäre“ Bomben über Serbien, Kosovo, Irak und sonst wo abgeworfen wurden; bei mehreren staatlich angeordneten Massakern in Kurdistan; im Zuge des massenhaften Ertrinkens von Flüchtenden im Mittelmeer ... Hinzu kam nun der schreckliche Zustand der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in jenem Land, in dem ich geboren und aufgewachsen bin: der Türkei. Dort ging es zwar zeit meines bisherigen Lebens nicht viel anders zu, aber die letzten Jahre hatten etwas Hoffnung gegeben, dass ...

Solche aktuellen Ereignisse, die mir „persönlich unter die Haut gehen“, blockieren mein öffentliches Schreiben über andere Themen, aber zugleich auch *darüber*. Ich fürchte, dass meine Partei ergreifenden Sätze zu leeren Worthülsen verkommen. Ich fürchte, in meiner Betroffenheit wider Willen Klischees zu produzieren. Durch meine Befindlichkeit nicht „objektiv“ genug zu sein, oder schlimmer noch: jene Worte zu wiederholen, welche die meisten professionellen Schreiber_innen als „business as usual“ von sich geben. Die seltsame Sprachlosigkeit ist die Folge.

Der im Vorjahr verstorbene italienische Semiotiker und Schriftsteller Umberto Eco verfasste 1991, während des sogenannten Zweiten Golfkriegs, einen Text über den Krieg. Darin ging er auf den Vorwurf ein,

Intellektuelle würden nicht gebührend Stellung zu Krieg beziehen. Seine Antwort berührt irgendwie auch diese Sprachlosigkeit:

„Was einigen als das Schweigen der Intellektuellen über den Krieg erschienen ist, war vielleicht die Furcht, bei laufendem Geschehen in den Medien von ihm zu sprechen, schon weil die Medien selber ein Teil des Krieges und seiner Instrumente sind und es daher gefährlich ist, sie als neutrales Gebiet zu betrachten. Außerdem gelten für die Medien andere Zeiten als die der Reflexion. Die Ausübung der intellektuellen Funktion trifft ihre Aussagen immer entweder im voraus (über das, was vielleicht geschehen wird) oder hinterher (über das, was geschehen ist); sie äußert sich selten über das, was gerade geschieht, aus Gründen des Rhythmus, weil die Ereignisse immer schneller und bedrückender sind als das Nachdenken über die Ereignisse.“^[1]

Schließlich obsiegt der innere Zwang, zu verstehen. Dann schreibe ich. Das ist eigentlich immer das Grundmotiv, wohl für die meisten Leute, die über das Politische schreiben: Es geht um den Versuch, aus einem zeitlichen Abstand sich selber zu erklären, was da vor sich geht. Bis das Gesagte dem Geschehenen am nächsten kommt, bis die Worte die Befremdung, den Schrecken und den Schmerz so weit in eine „objektivere“ Sprache übersetzt haben, dass diese etwas weniger wehtun.

Zugegeben, ich maße mir manchmal auch an, durch das Schreiben die Leiden der Personen, die diese *unmittelbar* – physisch wie psychisch – erfahren, ein wenig zu teilen. Auf ihre Leiden hinzuweisen, in die Welt hinauszuposaunen, damit wir sie gemeinsam lindern mögen; zu zeigen, dass sie auf dieser gottverlassenen Erde nicht allein sind ...

Am Ende habe ich, so wie jetzt, stets das schale Gefühl, das einst Georg Kreisler besang:

„So sitz' ich nach wie vor hier fest und singe Lieder,
und bleibe wirkungslos vom eignen Klang berauscht.
[...]

So hebt ein jeder seine winzige Laterne, und ich lerne:
Nur das Lied bleibt und die Hoffnungslosigkeit.“

^[1] Umberto Eco: Vier moralische Schriften. Wien/München 1998: 35.



Das Spiel mit dem Feuer

Nationalismen im Aufwind

Friede der Plätze, Krieg der Paläste

Georg Büchner beginnt seine 1834 verfasste Flugschrift *Der Hessische Landbote* mit der berühmt gewordenen Parole: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ Übertragen wir den Aufruf in den vorliegenden Essay, ergibt sich die Frage: Wieso wickelt sich der Friede auf öffentlichen Plätzen dem Krieg, den die Paläste gegen die Gesellschaft führen?



Groß war die Hoffnung von vielen Millionen Menschen, als Anfang der 2010er Jahre in mehreren Erdteilen fast zeitgleich Proteste gegen bestehende Regierungen zutage traten. Heute, wenige Jahre danach, sind vom Arabischen Frühling, von der Gezi-Park-Bewegung oder der Orangen Revolution bloß Staatsstriche, militärische Konflikte und Diktaturen übrig. Warum hat sich das Kräfteverhältnis binnen so kurzer Zeit von den Plätzen des Protests zu den Palästen der Macht verschoben?

Agora-Bewegungen und der Neo-Bonapartismus

Dabei bedeuteten die Proteste für

die meisten dieser Regionen etwas Neues. Sie verkörperten eine neue Form des Widerstands von „unten“ und forderten die Herrschaft als solche heraus, ohne ihre eigenen Strategien und Mittel an Militarismus und organisierter Gewalt auszurichten – sie fanden vornehmlich auf der Ebene des *Politischen* statt. Auf öffentlichen Plätzen erprobten „normale“ Bürger_innen ein solidarisches und selbstbestimmtes Zusammenleben, kamen ungehörte Minderheiten und diskriminierte Gruppen zu Wort, und sie alle machten die Möglichkeit einer Gemeinschaft jenseits von nationalen, ethnischen oder religiösen Grenzen greifbar.

Die da mitmischten, waren heterogene Gruppen. Die Widerstände basierten auf *Pluralismus*: mit Blick auf soziale Klassen und Lebensstile ebenso wie im politischen Sinne. *Gegen* etwas zu sein – gegen die Hegemonie, die Herrschaft, die Führenden, die Regierenden – verband die Protestierenden miteinander. Gewaltlosigkeit und Spontaneität auch. Auf dem Azadi-Platz in Teheran, im Zentrum von Sidi Bouzid (Tunesien), auf dem Tahrir-Platz in Kairo, dem Syntagma-Platz in Athen, im Gezi-Park in Istanbul, auf dem Perlenplatz in Manama, an der Puerta del Sol in Madrid, auf dem Maidan in Kiew, bei Occupy-Besetzungen in Europa und den USA, auf



brasilianischen Straßen und Plätzen – überall begehrten die Menschen gegen die Staatsmacht auf, versuchten, die nationalstaatlich repräsentativen Orte in Plätze alternativer sozialer Lebensformen umzuwandeln. Nennen wir sie daher, in Anlehnung an den Versammlungsplatz in der antiken griechischen Polis, *Agora-Bewegungen*.^[1]

Die Lebensdauer der Agora-Bewegungen beschränkte sich auf Monate, ja Wochen. Die Staatsgewalt, die darauf folgte, war (außer in den „westlichen“ Demokratien) erbarmungslos. Sie entsprach in keiner Weise dem friedvollen Charakter der Proteste. Unmittelbar nach dem Abflauen der Widerstände machten sich Personen und Cliques daran, durch Plebiszit legitimierte Regierungen zu gründen bzw. deren Herrschaft autoritär auszubauen und die totale Staatsmacht zu übernehmen. Das Ergebnis dieses Prozesses nenne ich „repräsentative Diktatur“: Populistische Strategien; gewaltlos zum Schweigen gebrachte und „gleichgeschaltete“ Medien; ein ideologisches Gemisch aus Nationalismus, religiösem Fanatismus und ökonomischem Erfolg- und Gewinn-Versprechen manifestierten sich in all jenen Ländern, in denen *kulturelle Hegemonie* die Zivilgesellschaft noch nicht erfasst hat und das Herrschen eher durch Zwang geschieht.

In der politischen Literatur wurde diese Art von Machtübernahme, deren Ideologie und Legitimierung – in Anlehnung an die historische Figur des Kaisers Napoleon III. (1778–1846) – *Bonapartismus* genannt.

Dem Aufstieg des Neffen von Napoleon Bonaparte ging eine Regierungskrise voraus: Weder die Liberalbürgerlichen noch die Jakobiner waren imstande, die Herrschaft zu stabilisieren und die durch besitzlose Klassen angestiftete Unruhe zu befrieden. Louis Napoleon Bonaparte, bereits seit 1848 gewählter Präsident der Zweiten Republik, veranlasste ein Referendum, errichtete 1851 eine Art Monarchie und nannte sich ab 1852 Kaiser.

Bonapartismus bezeichnet – vor allem im Duktus von Karl Marx und marxistischen Theoretiker_innen – die Ausfüllung der Machtlücke, die sich infolge einer starken Polarisierung zwischen antagonistischen sozialen Klassen aufgetan hat. Eine Herrschaftsfigur, die sich selbst als über den Klassen stehend darstellt, ergreift die totale Staatsmacht, lässt sich durch den Volkswillen legitimieren und baut ihre absolute, monarchieähnliche Herrschaft aus. Die wichtigste Stütze dieser Herrschaft bilden unterste, „subalterne“ soziale Gruppen (1851, beim Putsch von Louis Bonaparte, war es das Lumpenproletariat, so Marx).

Was heute, nach dem Zurückdrängen der Agora-Bewegungen, in den weniger gefestigten Demokratien passiert, die repräsentative Diktatur, ist ein *Neo-Bonapartismus*.

Simulativer Klassenkampf

Doch gibt es auch im Westen Neues. Der europäische Rechtsruck durch den verhältnismäßig raschen Aufstieg *rechtspopulistischer* genannter Parteien mitsamt verheerenden

Folgen wie „Brexit“ oder „postfaktischer“ Hetze gegen Geflüchtete ist inzwischen augenfällig geworden. Als dann in den USA Donald Trump ins Weiße Haus einzog, wurde auch jenen, die einem eurozentrisch motivierten Optimismus („Bei uns kann es keine Autokratie geben!“) gefrönt hatten, klar: Wir *haben* ein ernstes Problem. Die Geister scheiden sich lediglich daran, wie es zu benennen ist.

Im Zuge der Konsolidierung des Wohlfahrtsstaates, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde der Klassenkampf in den „westlichen“ Ländern sukzessive „gezähmt“. Die auf Klassenwiderspruch basierende Lager- und Ständepolitik wurde allmählich von der auf Klassenversöhnung basierenden Konsensdemokratie abgelöst. Klassenkampf war nun zwar im Rahmen bestimmter Spielregeln „erlaubt“, ihm wurde aber nach und nach die Funktion eines bloßen Druckmittels für den Verhandlungstisch zuteil. „Arbeitskampf für die Lohnrunde“ nannte man dieses profane Passionsspiel, das insbesondere in der Sozialpartnerschaft zur Kunstform erhoben wurde.

Eine besondere Konsequenz brachte die Konsens-Demokratie für die Parteien mit sich. Diese bekamen eine „zweiteilige“ Struktur und begannen, neben jenen der „eigenen“ Klasse auch die Agenden der gegnerischen Klassen in ihre Politik und Organisationsstruktur zu integrieren bzw. sich in die Vorfeldorganisationen des Gegenlagers einzufügen: Beispiele dafür sind die Vertretungen von sozialdemokratischen Unternehmer_innen und Beamten_innen in entsprechenden Kammern respektive die Gewerkschaftsfraktion der christlich-sozialen Partei.

^[1] Ich will diese Proteste keineswegs erklären; in ihrem Rahmen bewegten sich auch gewaltvolle und sektiererische Gruppen ebenso wie es sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Transgender-Personen gab. Ihr Charakteristikum war aber im Allgemeinen das Gegenteil von solchen Ausnahmen.

Seit den 1990er Jahren beobachten wir eine Krise des Wohlfahrtsstaates – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Die Ausöhnung des Klassenkampfes war von Anfang an ein zweiseitiges Schwert, das der Konsens-Demokratie im Zuge der schlechten Konjunktur zunehmend zum Damoklesschwert wird. Große Teile der Bevölkerung, die vor Kurzem – wohl um den einst kämpferischen und mittlerweile schon pejorativen Klang des Begriffs „Proletariat“ zu vermeiden – „Unterschichten“ oder „bildungsferne Schichten“ genannt wurden, haben inzwischen bemerkt, dass die vom Wohlfahrtsstaat verheißene soziale Mobilität für sie doch nicht eingetreten ist.

Wenn das Versprechen, ohne Kampf zu Errungenschaften zu gelangen, nicht eingelöst wird, ist die logische Folge ein Wille zum Kampf. „Die Politik kümmert sich nicht um unsere Probleme!“ Mit diesem Satz signalisieren die „Unterschichten“, dass sie bereit sind für eine Neuaufnahme des Klassenkampfes. Allerdings ist dieser Kampf kein geschichtlich erprobter, der zwischen dem Proletariat und der Bourgeoise ausgetragen wird. Die Zeiten haben sich geändert, der historische Klang ist diesen Namen im „Arbeitskampf für die Lohnrunde“ abhanden gekommen. Heute ist das Proletariat nur dann wieder auf der politischen Bühne, wenn am 1. Mai junge Sozialdemokrat_innen in seinem Namen aufmarschieren – wie Old-Shatterhand im Leibe des Laiendarstellers bei den jährlichen Winnetou-Festspielen.

Ausgetragen wird dieser Klassenkampf zwischen „uns“ und „denen da“: den Zugewanderten, Geflüchteten, jenen, die wirklich fast nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Aber sie gelten diesmal als Aggressoren, sie fallen angeblich wie eine gut organisierte Armee in unsere Zivilisation ein, bedrohen uns und unseren Frieden, den wir – wie auch unseren Wohlstand – in jahrhundert-

langen Kämpfen erringen mussten. Da die „Altparteien“ diesen Kampf weder vorhersehen, noch sich auf der „richtigen“ Seite positionieren konnten, sind sie nicht mehr qualifiziert, ihre jeweilige Klientel heute weiter zu vertreten. Das tun nun wir – so die „rechtspopulistisch“ genannten Parteien wie FPÖ, AfD oder FN. Der Kampf, den „unser Volk“ gegen die „Fremden“ führt, fungiert heute als *Simulation des Klassenkampfes*. Darum können auch diese Parteien ohne zu zögern behaupten, sie seien die neuen Arbeiterparteien. Und darum haben sie auch einen bedeutenden Erfolg, der numerisch den Prozentsatz ihrer Kernwählerschaft um ein Vielfaches übersteigt.

Fazit

Georg Büchner beginnt seine 1834 verfasste Flugschrift *Der Hessische Landbote* mit der berühmt gewordenen Parole: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ Übertragen wir den Aufruf in den vorliegenden Essay, ergibt sich die Frage: Wieso wickel der Friede auf öffentlichen Plätzen dem Krieg, den die Paläste gegen die Gesellschaft führen?

Allmählich kann nicht so leichtfertig behauptet werden, der „westliche“ Populismus und Neo-Nationalismus seien harmlose Entladungen der „berechtigten Angst“ von Wutbürger_innen und Modernisierungsverlierer_innen und wiesen keine Parallelen auf zum Einzug der repräsentativen Diktaturen im „Osten“ bzw. „Orient“. Für die meisten Politik-Kommentator_innen besteht kein Zweifel mehr darüber, dass Putin, Trump und Erdoğan Kinder desselben Geistes sind. Wenn auch ihre gemeinsame Linie – vorerst! – systemisch und regional unterschiedliche Resultate nach sich zieht.

Wir dürfen allerdings nicht vergessen: Der Bonapartismus wurde von allen Autor_innen, die ihn analysierten, als *die* große Gefahr für die Demokratie beschrieben. Denn

Bonapartismus pervertiert drei wesentliche Objekte demokratischer Begierde: Individuen zu einem *demos* zu formieren, die Macht der Mehrheit zu gewährleisten und die Herrschaft plebiszitär zu legitimieren. Mit Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Menschenrechten versuchen liberale Demokratien, diese eigenen Sollbruchstellen zu kitten. Der Neo-Bonapartismus ist nur momentan ein Problem des Globalen Südens und des ehemaligen politischen Ostens. Dass neo-bonapartistische Tendenzen auch im Westen wieder spürbar geworden sind, legen schon Stichworte wie *Postdemokratie* oder *Postpolitik* nahe.

Der simulierte Klassenkampf wiederum zeigt, dass es nach wie vor um Minderheiten, Diskriminierte und Geflüchtete geht, wenn zum Aufhetzen der Massen Bauernopfer benötigt werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass der „Abwehrkampf“ gegen „Volksfremde“ als Klassenkampf verkauft wird. Im konsolidierten Nationalstaat in der globalen Konstellation scheint das jedoch einfacher zu gehen.

Die Gezi-Proteste auf dem Taksim-Platz in Istanbul brachten die Parole hervor: „Überall ist Taksim, überall ist Widerstand!“ Die Verteidigung der Gesellschaft gegen die Herrschaft ist wohl nur durch solche Omnipräsenz des Widerstands möglich. Vielleicht kann das Wissen um demokratische Sollbruchstellen und um die Simulation von Kämpfen dazu beitragen, die Plätze gegen die Paläste zu verteidigen. —



Hakan Gürses ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Die Nation just imagined or really faked?

Hat es Sinn, Nationalisten aufzuklären, darf man sie verspotten, ja, soll man überhaupt über Richtigkeit und Falschheit ihrer Mythen befinden? Einige verstreute Überlegungen von Richard Schubert.



Sozialpädagogisches Lernmodul Völkerverständigung: Wie bringt man Angehörige verfeindeter Nationen, die einander von der Minderwertigkeit der jeweils anderen überzeugen wollen, dazu, sich zu versöhnen? Nichts einfacher als das: durch eine sogenannte *mediatio ex negativo*. Man nehme sie am Händchen und sage ihnen, dass der Streit darüber, wessen Nation oder Kultur nun minderwertiger sei, gar keinen Sinn habe. Schließlich seien beide doch gleich minderwertig ...

Wie Sozialpädagogen wissen, bewähren sich geteilte Aufgaben zur Lösung von Konflikten. Im gegebenen Fall würden die Streithähne eine gemeinsame Basis darin finden, dein Gesicht, lie-

ber Mediator, liebe Mediatorin, grün und blau zu schlagen. Und wenn du zu dieser fiesen Provokation des nationalen Minderwertigkeitsgefühls, jener kompensatorischen Basis jedweden nationalen Stolzes, noch ein drauflegtest – und zwar die Wahrheit: nämlich dass ihre Nationen samt der sie konstituierenden Kulturen reine Erfindungen seien, erfunden von fett-scheiteligen Lehrern nach 1870, um eigene Staats- und Marktfilialen zu eröffnen; um den zur Ideologie geronnenen deutschen Minderwertigkeitskomplex gegenüber französischer Zivilisation in die eigene Sierra zu importieren; den Osmanen, Habsburgern oder anderen vertrottelten Potentaten das Recht auf Ausbeutung der Untertanen

abzutrotzen, und diese gegen die von nun an ebenso ethnischen Minderheiten aufzuhetzen – dann, lieber Mediator, liebe Mediatorin, bist du so was von tot. Deine Mörder aber werden auf deinem Grab Sirtaki tanzen.

So man dir nicht zu Hilfe eilt. Es gibt allerdings einige Gruppen im fortschrittlichen Spektrum, die das vermutlich nicht tun werden. Die freuten sich zwar nicht über deinen Tod, hätten jedoch den armen Opfern deiner euro-, logo- und zentrozentrischen Arroganz bei der Abreibung möglicherweise assistiert. Diesen Gruppen gemeinsam ist, dass sie den Nationalismus gar nicht schlimm fänden, wenn er bloß nicht so exklusiv und diskriminierend wäre.

Das aber ist – bei aller Vielfalt seiner Ausformungen – sein Wesen. Wer wären diese Kollaborateure? Linkspopulisten, einige postfranzösische Intellektuelle und unsere verlässlichsten Überbauarbeiter, die akademischen Kulturschützer.

Über den Konstruktionscharakter der modernen Nation seit dem 19. Jahrhundert herrscht allgemeine Einigkeit, die Schlüsselwerke Eric J. Hobsbawms, Ernest Gellners und Benedict Andersons gelten als Kanon zum Thema. Trotz dieses Wissens scheint es jedoch einen heimlich-unheimlichen Konsens darüber zu geben, die Nation zwar als eine *vorgestellte*, eine historisch *konstruierte* Gemeinschaft bezeichnen zu dürfen, nie aber als *gefakte*.

Jemandem ins Gesicht zu sagen, das nationale Narrativ, von dem er überzeugt ist, sei eine Lüge – oder weniger moralisch geladen: ein schlechter Witz –, stöße nicht nur beim Adressaten auf Ablehnung. Bei den Linkspopulisten, weil sie das als liberale Abgehobenheit gegenüber einem notwendigen, aber völkisch ein bisschen missgeleiteten Kollektiv missbilligten, bei den Kulturologen, weil für sie die Beleidigung kultureller Identitäten die höchste Blasphemie darstellt, und bei den Poststrukturalisten, weil hier – Lüge setzt Wahrheit voraus – offenbar von einem ideologiefreien Wahrheits- und Rationalitätsideal ausgegangen wird, das als überwundenes und lächerliches Relikt aus der Urzeit der Großen Erzählungen gilt.

Der diskursanalytische Konstruktivismus hatte den Fokus auf Gesellschaft gleichzeitig erweitert und verengt; erweitert, weil er – sein größtes Verdienst – jeglichen Essenzialismus in Scherben schlug und Wahrheitsansprüche auf ihre gesellschaftliche und diskursive Bedingtheit prüfte; verengt, weil er durch deren Aufgabe die politische Handlungs- und Erkenntnisfähigkeit lähmte und in einem Meer aus Diskursen sich damit beschied, darüber zu wachen, dass keiner davon sich für privilegierter als ein anderer halte. Die Lehre daraus: dass Wahrheit zwar keine eherne übergeschichtliche Wesenheit ist, aber der Anspruch auf sie als provisorischer Forschungspunkt

unerlässlich bleibt, zum Beispiel um zu erkennen, dass die nationale Ideologie unterschiedliche Interessen unterschiedlicher Klassen, Schichten und Einkommensstufen zu einem gemeinsamen Willen auf Basis einer angeblich gemeinsamen Kultur egalisiert, mit klar umrissenen Anderen.

Während meines Studiums schon fiel mir auf, wie gerne die sonst so konservativen Gemeinschaftsromantiker in den Kulturwissenschaften sich der progressiven Konzepte von Diskursanalyse und Narratologie bedienen. Aus zwei Gründen: Sobald Wahrheitsansprüche bei der Evaluierung von Identitäten zu schweigen hatten, wurden auch imaginäre Identitäten wie die nationale wieder akzeptabel, solange sie nur die von böser globaler McCulture bedrohten Massen mit der Brutwärme eines Kollektivs versorgten; und das schicke postmoderne Cocktailkleid versprach ihnen Überlegenheit gegenüber jenen naiven Antinationalisten, die noch in den abgetragenen Klamotten der Ideologiekritik herumliefen.

Ein wieder zur Disposition stehender Linkspopulismus fordert einmal mehr, dass man lieber mit den Massen irren solle, als gegen sie recht zu behalten. Diese Neuauflage des Narodnismus, so selektiv sie sich auch mit Gramsci schmücken und mit Laclau poststrukturalistisch relaunchen mag, landet nirgendwo als bei Newt Gingrichs Diktum: „I go with what people feel, and I let you go with the theoreticians.“

Der überlegenswerteste Einwand gegen antinationalistische Aufklärung steht in guter materialistischer Tradition: dass konfessionelle, ethnische, nationale Ideologien nicht überwunden werden können, indem man die von ihnen Befallenen von deren Irrationalität oder „Kontrafaktizität“ überzeugt. Ebenso wie Rassismus nicht einfach eine Irrlehre darstellt, die durchs bessere Argument korrigierbar wäre.

Und trotzdem hat er seine Meriten, der antinationale Faktencheck. Denn erstens statuiert er ein öffentliches Exempel, indem er dem Populismus





Einheitswahn und Wut auf das Vielfältige. **Karin Stögner** über Antifeminismus und Homophobie der FPÖ.



auf Seite
18

gegenüber keinen Millimeter nachgibt, und zweitens erfüllt er einen weitaus wichtigeren Zweck als die Belehrung der Unbelehrbaren: die Belehrung der Belehrbaren, von uns nämlich, die wir uns Nationalismus, Populismus und Kulturalismus überlegen wähnen. Er mag uns zeigen, wie viel uns selbst unwissentlich damit verbindet, wie sehr die Vorstellung organischer Kulturen, mit der wir erzogen wurden, auch in uns fortgeistert, wie sehr auch wir, deren gesamtes Bewusstsein mit Pop sozialisiert wurde, ehe wir zu studieren begannen, politische Prozesse personalisieren und emotionalisieren, wie sehr auch wir uns nach Kohärenz, Einheitlichkeit, Überschaubarkeit, klaren Linien sehnen und auf Heimat, Gemeinschafts- und Authentizitätskitsch hereinfließen. Kein Wunder, dass wir dieser radikalen Negativität Elitismus vorwerfen müssen, denn sie überführt uns unseres eigenen Elitismus, des Umstands, wie wenig berechtigt unser Überlegenheitsgefühl gegenüber den Hofer-Wählern ist, wenn wir uns die Heimat nicht von den Rechten nehmen lassen wollen und in unsäglichen Wahlvideos unseren Patriotismus dezent verhipstern, unser Multi-Kulti ins Dirndl zwängen. Deutschnationale Österreicher behalten innerhalb ihrer eigenen völkischen Logik recht gegen solche, die ihre Ösi-Identität ethnisch begründen wollen. Des geht sie net aus, wie eine bosnische Kellnerin in einem mexikanischen Restaurant im 20. Bezirk zu sagen pflegt. Und Karl Kraus pflegte zu sagen, dass er am Chauvinismus „nicht so sehr die Abneigung gegen die fremden Nationen als die Liebe zur eigenen unsympathisch“ finde.

Antinationalistische Aufklärung muss – und sie tut es seit Jahrzehnten – in penibler historischer und ethnographischer Kleinarbeit rekonstruieren, wann, wo und wie aus dem Teig der kulturel-

len Heterogenität das Nationenpuzzle gestochen wurde, das übrigens mehr kulturelle Vielfalt aus der Geschichte getilgt hat, als McCulture je zu tilgen in der Lage wäre. Solch eine Historiographie ist nur als Farce zu schreiben, und ihre Verfasser sollten sich mit Ironie zurückhalten, weil die Wirklichkeit grotesk genug ist, und die Zeitzeugen genug Witz bewiesen haben, wie jener Bürger aus Sarajevo etwa, der sich in den 1860er Jahren über das nationale Erwachen bosnischer Serben mokierte, das darin bestehe, dass ein paar Lehrer die orthodoxen Bauern auf dem Weg zum Markt anbettelten, sich doch nicht länger Christen und Wlachen, sondern Serben zu nennen – und für dieses Bekenntnis sogar Münze springen ließen.

Auch auf die Gefahr hin, von der Diskursanalyse nicht mehr lieb gehabt zu werden, bedürfte es beherzter Menschen, die bei Talk-Shows Strache & Co zuerst ins Gesicht sagten, warum ihr gesamter österreichischer Patriotismus ein völliger Schmafu ist und jeglicher faktischen Grundlage entbehre, und sich dafür dann mit einem amüsierten Seitenblick auf Glawischnigs und Kerns schweres Schlucken belohnten.

Wenn die ganze Welt nach der Pfeife des Populismus ins Verderben tanzt, so plädiere ich für einen Populismus der Aufklärung, der zwar alles von der wahren Komplexität weiß, aber, um handlungsfähig zu bleiben, in einem – nennen wir es so – „strategischen Essenzialismus“ klare Konzepte von falsch und richtig beibehält. Denn selbst wenn es einen utopischen Nationalismus im Sinne Herders gäbe, der die Liebe zum Eigenen ohne die Exklusion des Anderen lebte, in dem Chauvinismus, Rassismus und ländliche Beschränktheit keinen Meter hätten und auch niemandem weh getan würde, er wäre trotzdem abzulehnen, schlicht weil er

– Unfug ist. Denn wer die essenzialistische Einbildung, Türke, Österreicher, Klingone oder Marsmännchen zu sein, als konsensuale Wahrheit akzeptiert, der müsste der Logik der Konsequenz nach auch anerkennen, dass Birnen Bananen sind, die Juden die Finanzweltverschwörung planten, Großenzersdorf eine aztekische Gründung ist, Austerität den allgemeinen Wohlstand hebt und ich nicht der Schönste von der Leopoldstadt bin. Wahrheit ist mehr als nur eine ethische Allegorie, wer den Anspruch auf sie verrät, händigt den Stadtschlüssel der Barbarei aus. Und kriegt ihn nie wieder zurück.

Nationalismus und Heimattümelei sind und bleiben Materialschäden in den „Äquivalenzketten“ des politischen Widerstands von unten. Wer sie entfernen will, wird auch von Linken neuerdings als Bildungsbourgeois und Freetrader, als elitärer, liberaler weißer Mann verdächtigt. Und steht dabei in bester Tradition anderer elitärer, weißer liberaler Männer und Frauen wie Rosa Luxemburg, die am Vorabend des I. Weltkrieges die mörderische Ideologie des Nationalismus als ideale Egalisierung von Ausgebeuteten und Ausbeutern wortgewaltig auf den Punkt brachte, wie von Bertolt Brecht, der meinte, wer statt Volk Bevölkerung sage, unterstütze schon viele Lügen nicht, von H. C. Artmann, demzufolge ein gescheiter Mensch keine Heimat habe, oder aber Marx und Engels, die mit beispielloser Arroganz und in völliger Unkenntnis der jüngsten Einsichten E. Laclaus, N. Gingrichs und Juan Peróns behaupteten, Arbeiter hätten kein Vaterland.

Richard Schuberth ist Schriftsteller und studierte Kulturanthropologie. Sein Standardwerk zum Thema: „Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind“ (Promedia, 2015). Jüngste Publikation: „Unruhe vor dem Sturm“ (Drava).

Polen – Nationalisten im Vormarsch

Die wichtigsten Werte, auf die sich Polens regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) stützt, sind ein radikaler, alles Fremde ablehnender Patriotismus und ein fundamentalistischer Katholizismus, der sogar manchen Botschaften des Papstes mit Misstrauen begegnet.



Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 gehörte Polen zu jenen Ländern Ostmitteleuropas, die die Transformation am besten bewältigten. Wirtschaftlich, sozial und auch politisch. Innerhalb weniger Jahre gelang es, die notorisch lahrende Wirtschaft anzukurbeln und, ebenso wichtig, demokratische Strukturen sowie eine erstaunlich gut funktionierende, wache Zivilgesellschaft zu etablieren. Parallel dazu entwickelte sich eine reiche Medien- und Verlagslandschaft, die Intellektuellen und Autoren – auch heute noch – die Möglichkeit bietet, eine breite Meinungsvielfalt zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört, dass sich polnische Intellektuelle, Historiker, Journalisten und Schriftsteller

offen und kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Auch mit den oft schwer belasteten Beziehungen zu den ethnischen Minderheiten, vor allem zu Juden und Ukrainern. Es ist anerkennenswert, was polnische Autoren auf diesem Gebiet geleistet haben und nach wie vor leisten.

Polen ist also eine Erfolgsgeschichte. Auch was die Beschäftigung mit der Vergangenheit und den nicht immer friktionsfreien Beziehungen zu den Nachbarn und den eigenen Minderheiten betrifft. Zweifellos. Doch seit die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), mit starker Hand gelenkt von Parteichef Jarosław Kaczyński, an der Macht ist, hat sich das Blatt gewendet. Wo vor-

her Weltoffenheit herrschte, regiert nun engstirniges, polonozentristisches Denken: Polen zuerst und über allem! Die wichtigsten Werte, auf die sich die neuen Machthaber stützen, sind ein radikaler, alles Fremde ablehnender Patriotismus, der leicht umschlägt in einen rabiaten Nationalismus, und ein fundamentalistischer Katholizismus, der sogar manchen Botschaften des Papstes mit Misstrauen begegnet, vor allem, wenn diese Toleranz gegenüber Andersgläubigen oder Hilfe für Flüchtlinge einmahnen. In ihrem nationalistischen Furor suchen die PiS-Leute oft sogar den Schulterchluss mit offen faschistischen Organisationen, die in diesem Klima zunehmend an Boden gewinnen.



„Ausgeträumt? **Zsaklin Diana Macumba** über die Ängste der *Dreamers* vor Trumps Einwanderungspolitik.

auf Seite

21



Die PiS-Regierung und der allmächtige PiS-Chef, der die Linie vorgibt, stützen sich auf den erzkonservativen Flügel der polnischen Kirche, wie ihn etwa Pater Tadeusz Rydzyk vertritt, Leiter des einflussreichen Medienkonzerns Radio Maryja, der chauvinistischen, antisemitischen und antiislamischen Positionen eine Plattform bietet. *Wielka Polska katolicka*, „das große katholische Polen“ als Bollwerk gegen alle schädlichen Einflüsse von außen, gegen Homosexualität, Gender Mainstreaming, Liberalismus, Pornografie und andere „unpolnische“ Erscheinungen, vor allem aber gegen den Zustrom von Fremden, besonders wenn es sich um Moslems handelt. Die werden als reale Gefahr betrachtet, obwohl Polen zu den Ländern in Europa zählt, die am wenigsten Flüchtlinge aufnehmen. Seit Anfang der 1990er Jahre hat Polen über 4.000 Personen den Flüchtlingsstatus zuerkannt. Die meisten waren Bürger Russlands, vor allem Tschetschenen. Im ersten Halbjahr 2016 haben 44 (!) Personen den Flüchtlingsstatus erlangt.

Polska dla Polaków, „Polen für die Polen“ lautet eine in rechten Kreisen beliebte Losung, was insofern bemerkenswert erscheint, als Polen eines der europäischen Länder ist, aus denen in den vergangenen Jahren am meisten Menschen in andere Staaten gezogen sind, um dort zu arbeiten, weil dort die Löhne höher (und die Sozialleistungen besser) sind. Also klassische Verdienstemigranten.

Wenn polnische Verdienstemigranten anderswo, etwa in Großbritannien, schlecht behandelt werden, findet die PiS-Regierung nicht genug Worte, um dagegen zu protestieren, aber wenn Ausländer, fremde Studenten oder ukrainische Arbeiter in Polen diskriminiert und auch körperlich misshandelt werden (diese Fälle haben besorgniserregend zugenommen) und liberale polnische Medien dann darüber berichten, bezeichnen die Verantwortlichen der Warschauer Regierung das als böswillige antipolnische Propaganda. Fake news.

Die PiS-Regierung setzt alles daran, um ihre Kritiker mundtot zu machen, was ihr angesichts der festen Haltung der Intellektuellen und der starken regierungsunabhängigen Medien allerdings nicht gelingt. Die Polen sind ein widerständiges Volk. Interessant ist, dass diese Auseinandersetzungen immer öfter auch in andere Länder getragen werden, in denen es starke polnische Communities gibt. Das erinnert ein wenig an das Beispiel der Türkei. Keine beruhigende Vorstellung. Die polnischen Communities sind natürlich viel schwächer als die türkischen – aber sie sind, wie diese, tief gespalten. Und die Regierung in Warschau versucht alles, um möglichst viele Auslandspolen für ihre Sache einzuspannen.

Das hat der Autor dieser Zeilen erlebt, als er ein paar kritische Kommentare über Polen in österreichischen

Medien publizierte. Einige Organisationen der so genannten Polonia, also der Auslandspolen, reagierten mit wütenden Briefen und Aufforderungen, alles zurückzunehmen. So etwas soll man nicht ernst nehmen, mit so etwas muss man leben. Aber es ist symptomatisch für eine Entwicklung in Polen und insgesamt in Europa, die uns nicht gleichgültig lassen darf.



Martin Pollack ist Journalist, Schriftsteller und literarischer Übersetzer.

Ungarns integrale Tradition

Der Traditionalismus entwickelte sich in Ungarn parallel zum okkult-esoterischen Nationalsozialismus in Deutschland. Beide Nationalismen griffen in ihren Ideologien auf die gleichen faschistischen Quellen zurück und machten diese für die eigene völkische Ideologie fruchtbar.



Die völkische Ideologie entwickelte sich nach der Aufklärung, sozusagen als Kehrseite des sich ebenfalls entwickelnden Individualismus. Die ideologischen Vordenker des Völkischen waren Philosophen der klassischen deutschen Philosophie, doch deren Ideen sprangen durch den ausgeprägten und durch das kaiserliche Haus auch finanziell geförderten Wissenstransfer zeitgleich in den Rest des Habsburgerreiches über, so auch in das Gebiet des heutigen Ungarns. Da die Gelehrtensprache der damaligen Zeit auch im ungarischen Teilstaat des Kaiserreiches Deutsch war, hatte man keine sprachlichen Schwierigkeiten.

Nicht nur die Philosophie, sondern auch die Grundlagen des Staatsrechts wurden aus dem Deutschen entlehnt, sodass es anfänglich, während der sogenannten ungarischen Spracherneuerung ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sogar Mühe bereitete, die relevanten Begrifflichkeiten in Ungarisch zu erfinden.

Die Grundlage der völkischen Ideologie bildete auch in Ungarn die antiindividualistische Vorstellung der Existenz einer homogenen Volksnation, d. h. einer ethnisch reinen Volksgemeinschaft, ja eigentlich einer Rassengemeinschaft. Der Glaube, dass es so etwas wie neben-

einander existierende Rassengemeinschaften als Nationen gäbe, wurde auch in Ungarn vertreten. Zum Sinnbild der „magyarischen Rassengemeinschaft“ wurde Ende des 19. Jahrhunderts die „Heilige Krone“, deren Mythos bereits seit dem Mittelalter seinen festen Platz in der kollektiven kulturellen Erinnerung hatte. Zusammen mit der „Heiligen Krone“ als Objekt der Anbetung entwickelte sich in Ungarn nach und nach eine esoterische, okkulte, diesseitige Metaphysik.

Dies waren die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen dafür, dass die neue esoterische ideologische Strömung der Zwischenkriegszeit, der sogenannte

Traditionalismus in Ungarn auf ebenso fruchtbaren Boden fiel wie im nationalsozialistischen Deutschland. Der Traditionalismus – auch integrale Tradition genannt – entwickelte sich in Ungarn parallel zum okkult-esoterischen Nationalsozialismus in Deutschland, jedoch nicht mehr als deutsch-ungarischer Wissenstransfer. Vielmehr griffen beide Nationalismen in ihren Ideologien auf die gleichen faschistischen Quellen zurück und machten diese für die eigene völkische Ideologie fruchtbar.

Zurückgegriffen wurde vor allem auf den faschistischen Autor und Berater Mussolinis, Julius Evola, der das Entstehen einer neuen arischen Menschenrasse beschwor und im Jahr 1938 anlässlich seiner missionarischen Vortragsreise in europäische Hauptstädte nach Berlin höchstwahrscheinlich auch in Budapest haltmachte. Obwohl einflussreiche Kreise in Ungarn die esoterisch-okkulte Tradition forcierten, war vor dem Zweiten Weltkrieg die Bereitschaft in der Gesellschaft allgemein geringer als in Deutschland, beispielsweise im Kreis um Heinrich Himmler. In Ungarn wollte man damals noch eher die „Nation befreien“ als „die ganze Welt erleuchten“.

Der Zweite Weltkrieg und die darauffolgenden Jahre des Realsozialismus bedeuteten einen Bruch in der Kontinuität des Traditionalismus, doch die 1960er Jahre brachten den Aufschwung. Durch den äußerst klugen und intellektuellen ungarischen Literaturwissenschaftler und Bibliothekar Béla Hamvas wurde er nicht nur wiederbelebt, sondern sogar in den Widerstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht integriert. Viele oppositionelle Intellektuelle schlossen sich dem sogenannten Hamvasismus an, sodass er bis in die 1980er Jahre zum wichtigen Teil der subkulturellen Widerstandsbewegung wurde.

Nach 1989/1990 zerfiel die zuvor einheitliche Opposition in eine völkische und eine demokratischere – Hamvas' Ideen konnten in beiden Strömungen überleben. Da in Ungarn seit der Wende die Idee der Demokratie und der individuellen Menschenrechte nicht

Fuß fassen konnte, wurde auch der Hamvasismus nicht kritisch hinterfragt, sodass sich der ungarische Traditionalismus auf seinen Spuren nach und nach entfalten konnte. So wie sich Hamvas auf drei Traditionalisten, nämlich auf René Guénon, Julius Evola und Leopold Ziegler berief, so berufen sich die heutigen Traditionalisten auch auf diese und auf Hamvas selbst.

Die neurechte Szene argumentiert vor allem im Sinne des faschistischen Autors Julius Evola, die – nach ihrer Selbstdefinition – „demokratische“ Szene hebt vor allem den gemäßigten René Guénon hervor, doch allen gemeinsam ist der ungebrochene Kult um Béla Hamvas, als dessen Folge die völkische Orbán-Regierung – zwischen 1998 und 2002 und seit 2010 im Amt – in ihrer ersten Amtszeit sogar ein Hamvas-Institut gründete.

Die Bezeichnung „Traditionalismus“ verweist – wie auch von Hamvas selbst dargelegt – auf eine in den verschiedenen Kulturen immer andere Gestalt annehmende, aber konstant vorhandene „ewig-gültige, geistig-metaphysische Überlieferung“ (philosophia perennis). Der Traditionalismus ist trotz der Komplexität der dahinterstehenden Theorie, in der auch Begriffe wie Universalismus, Individualismus und westliche Integration vorkommen, mitnichten im demokratischen Sinne integrativ, sondern ausgrenzend, weil er Feindbilder konstruiert.

Immanent in ihm enthalten sind nämlich die Ablehnung der säkularen Moderne, des Individualismus, der Diversität, des Wertpluralismus, also der Werte der Demokratie schlechthin auf der einen sowie die Forderung nach einem spirituellen Autoritarismus auf der anderen Seite. Gerade letzterer genießt in autoritären Gesellschaften eine große Anziehungskraft und besitzt einen integrativen Charakter – deshalb die Bezeichnung „integrale“ Tradition. Dieser spirituelle Autoritarismus bedeutet jedoch eine diesseitige, neupaganistische, also neuheidnische Metaphysik: Unter Einbeziehung von christlichen Mythen sowie Überlieferungen aus

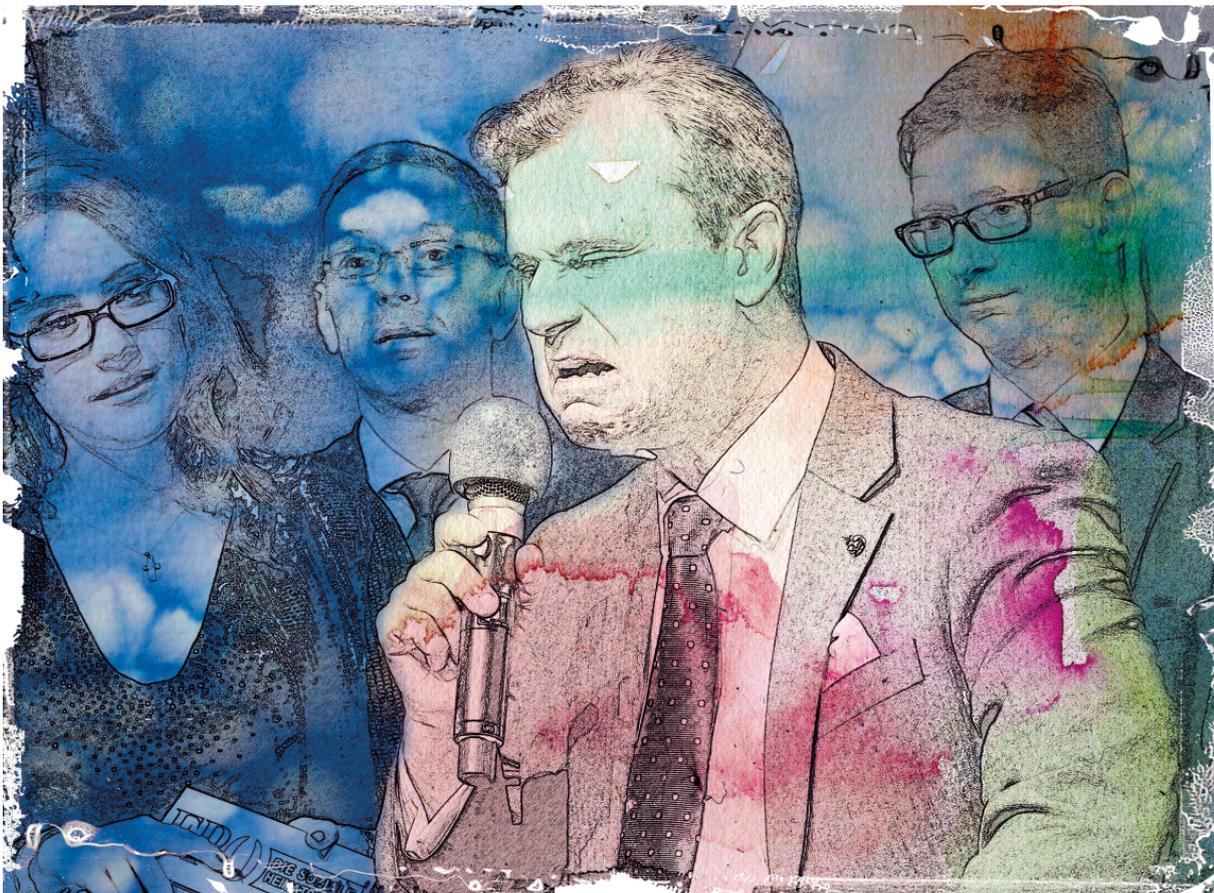
dem Buddhismus und dem Hinduismus wird im Traditionalismus ein säkular-religiöser, also atheistischer Synkretismus geschaffen, der in der Theologie nicht statthaft ist. Seine positive Einstellung zum Buddhismus und zum Hinduismus führt zum Wunsch nach der Erschaffung „eines neuen göttlichen Menschen“, eines „spirituellen Führers“, der die westliche Welt „aus dem irdischen Jammertal des semitischen Geistes und aus dem der antispirituellen Mächte der Gegentradition“ (Kali-Yuga – aus der hinduistischen Kosmologie) in eine traditionelle Zivilisation transformieren sollte.

Der Traditionalismus ist antifeministisch, sodass der herbeigesehnte „urparadiesische Zustand“ ist ein männliches, paternalistisches Wunschbild. Typisch im Traditionalismus ist auch, dass der Topografie heilige Eigenschaften zugeordnet werden, wonach der „nordische“ Mensch wegen seiner „Höherwertigkeit“ und „moralischen Reinheit“ zur „weißen Hegemonie“ prädestiniert sei. Die positive Einstellung zum statischen hinduistischen Kastenwesen und der Glaube, dass eine Wiedergeburt (Palingenese), quasi eine Neugeburt des „reinen Blutes“ möglich sei, führt zum Gedanken der „Erlösung durch Selbstopferung und Untergang“. Das heißt, dass nur durch einen Kataklysmus, dem Untergang gleich, die „Neugeburt des reinen Blutes im paradiesischen Urzustand“ möglich sei. Das ist der Gedanke von Heiligem Krieg, zu dem Ungarns rechtsradikale Partei Jobbik in den Worten ihres Chefideologen Tibor Imre Baranyi direkt aufruft: „Der Heilige Krieg wird geführt, um den Urzustand wiederherzustellen. Deshalb ist dieser Krieg nicht gegen das Gesetz. Der Urzustand bedeutet die Vollkommenheit der Harmonie, die der Frieden selbst ist. Das ist kein Schein-Friede, sondern die wahre Ordnung und die wahre Harmonie. Deshalb ist dieser Krieg legitim. Der Jihad, der Heilige Krieg bedeutet die Wiederherstellung des Goldenen Zeitalters und des Urzustandes“.

Magdalena Marsovszky, deutsch-ungarische Kulturwissenschaftlerin, ist Lehrbeauftragte der Hochschule Fulda.

„Durch Reinheit zur Einheit“ Nationalismus und Gender

Der Nationalismus – er ist wieder in aller Munde, eigentlich war er nie ganz weg – ist geprägt von einem Drang nach Einheit und Eindeutigkeit, hinter dem massiver gesellschaftlicher Druck waltet. Zwischentöne gelten als Schwäche, Wankelmüt und mangelnde Verpflichtung; Transgressionen sind verpönt, klar gezogene Identität ist die Devise.



Der Nationalismus überschneidet sich mit Ideologien, die mit der heteronormativen Organisation von Sexualität und Geschlecht zusammenhängen: Antifeminismus, Sexismus, Homo- und Transphobie. Der „verwirrenden Vielfalt des Lebendigen“ (Theweleit 2000: 224) antworten diese Ideologien mit binären Schematisierungen und Ausschluss dessen, was sich darin nicht fügt. Dieses Renitente, Widerständige ruft massive Abwehr bei denen hervor, die sich unglücklich in die

eindeutig geordnete Welt einpassen. In seinem 1947/1949 veröffentlichten Aufsatz „Autorität und Familie in der Gegenwart“ sah Max Horkheimer einen Hintergrund sexistischen und nationalistischen Exklusionsdenkens in der „allgemeinen Tendenz, in starren Zweiteilungen und Stereotypen zu denken“ (Horkheimer 1987: 390). Dieses Denken dient der radikalen Komplexitätsreduktion und hilft somit bei der Orientierung in einer Welt, die aufgrund ihrer ungelösten Antagonismen

und Widersprüche als zunehmend unübersichtlich wahrgenommen wird. Die kulturelle Homogenität, die der Nationalismus herzustellen versucht, dient dem reibungslosen Funktionieren in sich antagonistischer Gesellschaften.

Dabei wird schon bei oberflächlicher Betrachtung die Einheit des nationalistischen Kollektivs als eine künstliche erkennbar, die sich als natürliche ausgibt. Sie überdeckt die realen Antagonismen in der Gesellschaft, die



„Ich liebte Milosević. Ich liebte ihn, weil mein Vater, der Trottel, ihn auch liebte.“ Auszug aus einem Roman von **Marco Dinić**.



auf Seite
23

nicht auf einen einzigen Nenner zu bringen sind, aber durchaus zusammenhängen – den Widerspruch von lebendiger Arbeit und Eigentum und jenen zwischen den Geschlechtern sowie, allgemeiner gefasst, den Widerspruch von Gesellschaft und Individuum. Die meisten Menschen empfinden die gesellschaftlich vorgenommenen Zuschreibungen der Nationszugehörigkeit als ähnlich natürlich wie jene der Geschlechtszugehörigkeit. Selbst wenn sie sich in ein kritisches Verhältnis zu diesen Zuordnungen setzen, können sie ihnen doch nicht entkommen, da die Kategorien Geschlecht und Nation auch gegen den Willen der Einzelnen wirksam sind. Bei denjenigen aber, die darauf nicht reflektieren, wirkt die vorgefertigte Nationszugehörigkeit ungebrochen: „Gerade weil solche Bindungen nicht gewählt sind, tragen sie den Heiligenschein der Uneigennützigkeit“ (Anderson 1991: 143). Ähnliches gilt für die Geschlechterbinarität. Die Einheit wird erhalten gerade durch den einen unüberwindlichen Unterschied.

Eben in ihrer Künstlichkeit ist die Einheit des völkisch-nationalistischen Kollektivs eine Reaktion auf die tatsächlich die Gesellschaft durchkreuzenden Antagonismen. Gleichzeitig aber ist sie auch eine Reaktion auf die Vereinheitlichung, die die kapitalistische Produktionsweise und die Massenkultur kennzeichnet. Der Druck zur Einheit ist im völkischen Kollektiv zum Extrem getrieben, hat aber einen realen Grund in den verdinglichenden Arbeitsprozessen. Der Einheitswahn ist ein Echo des Taktstocks der Massenproduktion, dem keiner mehr sich entziehen kann, ein Echo der „radikal vergesellschafteten Gesellschaft“ (Adorno 1997: 273), die niemanden mehr draußen lässt, die Menschen

universal fungibel macht und sie auf ihren funktionalen Charakter reduziert. Von solcher real stattfindenden Abstraktion vom Besonderen profitiert das völkische Kollektiv: Die Menschen sind bereits daran gewöhnt, dass es auf sie und ihre individuellen Wünsche und Bedürfnisse nicht ankommt. Umso bereitwilliger verzichten sie von sich aus auf individuelle Besonderheit, um im großen Ganzen aufzugehen. Wo der Volkskörper zählt, sind die Einzelnen nur noch Funktion für dessen Erhalt.

„Durch Reinheit zur Einheit“ ist der Slogan der Mixophobie, nach dem Menschen einander ausschließenden Gruppen zugeordnet werden. Er gilt für den Rassismus ebenso wie für den Antifeminismus und den Nationalismus und liegt auch Teilen der heutigen FPÖ-Politik zugrunde, wie im „Handbuch freiheitlicher Politik“ ausgeführt ist. Das eben beschriebene Bedürfnis nach und der Druck zu Einheit und Eindeutigkeit wird an vielen Stellen dieses Handbuchs deutlich. So gehen sexistische und antifeministische Argumentationsstrukturen mit Parolen einer nationalistisch gefassten Geschlechterbinarität einher, während der Nationalismus in solche des Ethnopluralismus verpackt ist. Dies erfolgt mit dem Ziel, Einheit, Eindeutigkeit und Identität herzustellen bzw. zu bewahren, wobei nationale Identität als etwas naturwüchsig Gegebenes, ursprünglich Seiendes verstanden wird, das von einer künstlichen Auflösung der natürlichen Zweigeschlechtlichkeit ebenso bedroht werde wie von Zuwanderung durch Angehörige „fremder“ Kulturen.

Beim Stichwort Gendermainstreaming geht es dann richtig ab. Gendermainstreaming sei ein Instrument

zur Verwischung einer eindeutigen Geschlechtlichkeit, die es entscheiden zu verhindern gelte. Denn den Befürworter_innen des Gendermainstreaming gehe es nicht nur um die Gleichstellung der Geschlechter und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, sondern sie würden darüber hinaus behaupten, dass man zu Mann und Frau erst gemacht wird. Dieser Grundsatz der Geschlechterforschung seit Simone de Beauvoir wird zum eigentlichen Skandalon hochstilisiert: „Wir Freiheitliche sind der Überzeugung, dass die biologische Determiniertheit von Mann und Frau anzuerkennen ist, grundsätzlich positiv ist und daher durch abstruse Theorien nicht geändert werden kann oder soll.“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2013: 135)

Durch Gendermainstreaming „soll schlussendlich die Zerstörung der Identitäten – sowohl in gesamtgesellschaftlicher, kultureller Hinsicht als auch auf individuell geschlechtlicher Ebene – erreicht werden. Das Ziel von ‚Gender Mainstreaming‘ ist nichts anderes als die Schaffung des ‚Neuen Menschen‘, das sich bereits Marxisten-Leninisten auf die Fahnen geheftet hatten. Ziel müsse es sein, ‚stereotype Rollenbilder aufzuweichen und abzuschaffen‘. Der neue Mensch soll ein Wesen ohne feste Geschlechteridentität sein. Erstrangiges Ziel dieser radikalen Feministinnen war, die Frau von der ‚Bürde des Kinderkriegens‘ zu befreien.“ (Ibid., 136) In diesem Sinne wird die in Österreich seit den 1970er Jahren rechtlich verankerte Fristenlösung zwar nicht generell abgelehnt, aber im Handbuch heißt es schließlich, die Gebärmutter sei „der Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit in unserem Land“ (ibid., 160).

Im Weltbild der FPÖ sind die Geschlechter deutlich von einander geschieden, aber auf ihre Art gleichberechtigt – freilich auf der Grundlage der als natürlich gesehenen Geschlechterunterschiede mit eindeutig definierten Geschlechterrollen. Die Geschlechter stehen nebeneinander und ergänzen sich zum vorgeblichen Wohl des vorgeblich Ganzen. Wie überhaupt im völkisch-kollektiven Denken ist auch hier ein funktionalistischer Zugang vorherrschend, in dem Frauen einen eindeutig beschriebenen Beitrag zur biologischen und kulturellen Reproduktion der Nation zu leisten haben. Das ist ein Nachhall jenes Genderregimes, das in der klassischen völkischen Ideologie tragend war, in dem die Frau als saubere Kameradin des treuen Volksgenossen stilisiert wurde. Sie hatte für die Aufrechterhaltung der Grenzen und die Reinheit des Volkskörpers Sorge zu tragen und wurde gleichzeitig als Einfallstor für die potenzielle Verunreinigung des „deutschen Blutes“ beargwöhnt. Ähnlich wie andere rechtsextreme Strömungen in Europa vertritt auch die FPÖ eine Art Differenzfeminismus, der dem Leitgedanken „gleichwertig, aber nicht gleichartig“ folgt (Bitzan 2011: 117f.).

Nationalistisch und rassistisch ist der Differenzfeminismus freiheitlicher Prägung, da er strategisch die Reproduktion des nach außen hin strikt abzuschottenden völkischen Kollektivs stützt, während die Reproduktion „volksfremder“ Elemente unterbunden oder zumindest hintangehalten werden soll. Der völkische Zwangszusammenhang erlangt seine Festigkeit auch durch die Kontrolle über Frauen und indem ihre Sexualität in Regie genommen wird. Die Volksgemeinschaft verkörpert sich auch in ihrem Genderregime. Autonome weibliche Sexualität, die sich dem Reproduktionsdiktat entzieht, wirkt in diesen Zusammenhängen unnatürlich und penetrant. Im „Handbuch freiheitlicher Politik“ wird das Verhalten von Frauen, die keine Kinder bekommen, als „Geburtsverweigerung“ titulierte (FPÖ-Bildungsinstitut 2013: 146). Als Bedrohungsszenario firmiert dementsprechend die Fertilität zugewanderter

Frauen. Die Geschlechterpolitik der FPÖ steht also nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in ein breiteres Programm zur ethnischen Reinhaltung der Nation und ist damit ein Terrain von Rassepolitiken. Nicht von ungefähr arbeitet die FPÖ massiv mit Bedrohungsszenarien und warnt vor Vermischung jeglicher Art: „Multikulturelle Parallelgesellschaften lehnen wir ebenso ab wie die Vermischung von religiösen und philosophischen Weltbildern. Österreich schätzt andere Kulturen, was allerdings ein bedingungsloses Bekenntnis zur eigenen Kultur voraussetzt. Es gilt daher, den Tiefgang und die Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen.“ (Ibid., 31)

In Mixophobie und Eindeutigkeitswahn korrespondiert also der Differenzfeminismus nationalistisch-völkischer Prägung mit einem Ethnopluralismus, den die FPÖ in ihrem Parteiprogramm als „Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer“ propagiert (FPÖ 2011: 17). Identität ist auch hier wieder quasi-naturgegeben in den „historisch gewachsenen Völkern und autochthonen Volksgruppen“ angelegt. Abgelehnt wird hingegen „eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung“ (ibid.).

Einheitswahn und Identitätszwang schließen das Vielfältige nicht nur aus, sondern machen es zum verhassten Objekt, das ungebändigte Wut hervorruft, ersichtlich an der das Absurde übersteigenden Heftigkeit der Reaktionen gegen Gender Mainstreaming auf Seiten der FPÖ. Von der Einhaltung und Bekräftigung der Binarität der Geschlechter hängen in dieser Ideologie das Wohl des vorgeblich Ganzen und die kulturelle Identität der Nation ab. Identität wird dabei als an sich Seiendes gedacht, das eine über die Materialität im Hier und Jetzt hinausgehende Wirklichkeit habe. Solch transzendentes Seinsdenken sieht das Eigene strikt getrennt vom Fremden; wie bei der Geschlechterbinarität gibt es auch hier keine Übergänge. Tritt das eine im anderen auf, etwa Weib-

liches an Männern oder Männliches an Frauen, löst das höchstes Unbehagen aus. Die völkische Ideologie gibt sich konkretistisch, indem sie ihre Reinheit fetischisiert und das, was im Eigenen nicht akzeptiert wird, auf ein außerhalb ihrer selbst liegendes Objekt projiziert: auf die andere Kultur, andere Religion, andere Nation, andere „Rasse“ oder das andere Geschlecht, das sich der Binarität widersetzt. Die Reinigung des einen vom anderen jedoch bewirkt, dass die verwurzelte Volksgemeinschaft, die in dieser Ideologie konkret erfahren werden soll, sich in der Reduktion zum Abstrakten als Nicht-Erfahrbares erweist.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1997): *Drei Studien zu Hegel*. In: *Gesammelte Schriften* 5, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 247–380.

Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London/New York: Verso.

Bitzan, Renate (2011): „Reinrassige Mutterschaft“ vs. „Nationaler Feminismus“ – Weiblichkeitskonstruktionen in Publikationen extrem rechter Frauen. In: Ursula Birsl (Hg.): *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 115–128.

FPÖ (2011): *Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs*. Beschlossen vom Bundesparteitag der FPÖ am 18. Juni 2011 in Graz. <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/> (Stand: 15. 3. 2017)

FPÖ-Bildungsinstitut (2013): *Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfadens für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs*, 4. Auflage, Wien. <https://tinyurl.com/jo5q8dg> (Stand: 15. 3. 2017)

Horkheimer, Max (1987): *Autorität und Familie in der Gegenwart*. In: *Gesammelte Schriften* 5, Frankfurt a. M.: Fischer, S. 377–395.

Theweleit, Klaus (2000): *Männerphantasien 1+2*, München/Zürich: Piper.

Eine ausführliche Version dieses Beitrags erscheint unter dem Titel „Angst vor dem ‚neuen Menschen‘. Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ“. In: Stephan Grigat (Hg.): *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden: Nomos 2017.

Karin Stögner lehrt an der Universität Wien und war 2016 Gastprofessorin für Kritische Theorie an der Universität Gießen. Sie ist Autorin von „Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen“ (Nomos 2014) und leitet derzeit das Forschungsnetzwerk *Ethnic Relations, Racism, Antisemitism in the European Sociological Association*.

Angst und Schrecken im Land der Einwanderer

Das „Land der Freien“, erbaut auf den Schultern von Eingewanderten, negiert unter Präsident Trump seine Vergangenheit und seine Grundwerte. Die neue Administration geht aggressiv gegen Immigranten und Immigrantinnen vor.



In den letzten Monaten spielten sich ungewohnt verstörende und dramatische Szenen in den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Eine illegale Einwanderin aus El Salvador, die an einem Gehirntumor leidet, wird im Krankenhaus festgenommen und soll abgeschoben werden. In einer Bar in Kansas schreit ein 51-jähriger weißer Mann lauthals „Raus aus meinem Land!“, schießt auf zwei aus Indien stammende Männer und tötet einen von ihnen.^[1] Ein abgeschobener Immigrant springt von einer Brücke in der Grenzstadt Tijuana, Mexiko, in den Tod.

In den USA leben schätzungsweise an die elf Millionen unautorisierte Einwanderer und Einwanderinnen. Seit der Amtseinführung Donald Trumps macht sich in diesen Communities Unsicherheit und Angst vor Abschiebungen breit.

Der nunmehrige Präsident der USA, lange Zeit als Außenseiter belächelt, bediente sich im Wahlkampf des Populismus, um sich unter seinen politisch erfahrenen Konkurrenten und Konkurrentinnen in der Republikanischen und der Demokratischen

Partei zu profilieren. Er feilte an einem völkisch-nationalistischem Narrativ aus dem rechten Spektrum, das einfache Antworten auf komplizierte Fragen bot: Einerseits die „globale Elite“, die für offene Grenzen propagiere und andererseits Immigranten und Immigrantinnen – insbesondere aus Mexiko zugewanderte –, die als billige Arbeitskräfte Lohndumping verursachen würden, seien schuld an der Arbeitslosigkeit und Verarmung vieler weißen US-Bürgerinnen und -Bürger. Trump setzte auch auf Angst und verunglimpfte die Mexikaner als „Kriminelle, Drogendealer und Vergewaltiger“; Muslime nannte er

^[1] <https://tinyurl.com/hvhuz8u> [Stand: 15.3.2017]

„Terroristen“. Acht Jahre nach der Amtseinführung des ersten afro-amerikanischen Präsidenten Barack Obama spülte Trumps Populismus den unterdrückten Rassismus und die Wut vieler US-Bürgerinnen und -Bürger an die Oberfläche und in die Mitte der politischen Debatte.

Am 20. Jänner 2017 schließlich wurde der ehemalige Geschäftsmann als der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Seine Antrittsrede ist ohne Präzedenz. Sie triefte vor verschiedensten Auswüchsen des Nationalismus und seine Botschaft war eindeutig: „From this day forward, it's going to be only America first – America first.“ Die humoristische Bearbeitung dieser Rede in Satirevideos zahlreicher nicht nur europäischer Länder – eine Aktion, die sich unter dem Hashtag *#netherlandssecond* oder auch *#austriasecond* zum viralen Hit mauserte –, vermag nicht über die alarmierende Seriosität des weltweit aufkeimenden Nationalismus hinwegtäuschen, der auch in Europa grassiert. In den Niederlanden hat Geert Wilders sein Ziel knapp verpasst, in Frankreich scheint Marine Le Pens Erfolg zum Greifen nahe. Seitdem die britische Bevölkerung im Juni 2016 mit 52 Prozent für den Ausstieg aus der EU plädierte – der Brexit bescherte auch Trump mitten in seinem Wahlkampf einen Aufschwung – scheint dem Nationalismus und der Abschottung nichts mehr Einhalt zu gebieten.

Der republikanische Präsident Ronald Reagan (1981 – 1989), den Trump im Wahlkampf zum Vorbild auserkor, ging in Fragen der Einwanderungspolitik sehr unterschiedlich vor. Im Jahre 1986 änderte er die US-Einwanderungsgesetze und ermöglichte somit Millionen von Immigranten und Immigrantinnen die Einbürgerung. Dieser Akt brachte ihm den Zuspruch vieler geflüchteter Hispanics ein. Aus Dankbarkeit wählen heute noch zahlreiche Hispanics die republikanische Partei. Auch den Swing State Florida gewann Trump mithilfe dieser Stimmen.

Unverzüglich nach dem Amtseintritt wurde klar, dass Trump es mit der Eindämmung der Einwanderung ernst meint. Seine Wut bekamen als erste Bürger und Bürgerinnen einiger muslimisch geprägter Länder zu spüren. Bereits in der ersten Woche seiner Amtszeit, am 27. Jänner 2017, verhängte er einen 90-tägigen Einreisestopp für Staatsbürgerinnen und -bürger von sieben vorwiegend muslimischen Ländern: Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Hunderte Muslime und Musliminnen mit gültigen US-Visa konnten ihre Wahlheimat nicht mehr betreten, waren von ihren Familien getrennt. Die US-Bürger und -Bürgerinnen zeigten Solidarität und zogen zu Tausenden auf die Straßen, um für die Rechte der unerwünschten Ankommenden einzustehen. Der Flughafen JFK in New York City war regelrecht belagert von Demonstrierenden, die die Einreise der Gestrandeten forderten.

Die zweite Zielscheibe des neuen Amerika sind die Millionen illegal Eingewanderten aus Mexiko und anderen südamerikanischen Ländern. Wie bereits im Wahlkampf versprochen, setzte Trump auf die rasche Abschiebung dieser Menschen. Seit Anfang Februar 2017 inhaftierte die Einwanderungsbehörde im Zuge von Razzien mehr als 700 Personen.

Das aggressive Vorgehen der Trump-Administration trifft auch eine in Europa bisher eher unbekannt Gruppe: Kinder illegal eingewandeter Personen, die entweder mit ihren Eltern in die USA eingereist oder mit Schleppern ins Land geholt worden sind. Sie wuchsen in den USA auf, durchliefen das US-Bildungssystem und sehen die Vereinigten Staaten von Amerika als ihre Heimat an. Sie nennen sich *Dreamers*, nach dem sogenannten *Dream Act* aus 2001, einem Gesetzesentwurf, der ihnen ermöglichen sollte, eine permanente Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, es aber nicht durch den Kongress geschafft hat. Erst 2012 setzte Barack Obama per Präsidialdekret

die *Deferred Action for Childhood Arrivals (DACA)* durch, die papierlosen Einwanderern und Einwanderinnen, die vor ihrem 16. Geburtstag oder vor 2007 in die USA gekommen sind, besonderen Schutz vor Abschiebungen und das Recht auf ein Studium und Arbeit bot. Mitte Februar 2017 kam dann der Schock. Im Zuge der landesweiten Razzien durch die Einwanderungsbehörde wurden auch zwei jugendliche *Dreamers* ohne Vorstrafe festgenommen. Ihre Zukunft ist ungewiss.

Einen Monat nach der Amtseinführung, am 22. Februar, veröffentlichte die Trump-Administration einen neuen politischen Plan zur Einwanderung. Demnach soll der von Obama erlassene *DACA Act* weiterhin Gültigkeit bewahren. Fragen werfen jedoch Pläne auf, wonach Truppen der Nationalen Garde bei den Abschiebungen von illegal Eingewanderten behilflich sein sollen. Überdies verfügen die Behörden über die Erlaubnis, aggressiver gegen illegale Immigrantinnen und Immigranten vorzugehen.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, u. a. auch „United We Dream“, die für die Rechte der *Dreamers* eintritt, kämpfen gegen Trumps restriktive Einwanderungspolitik und gehen auf die Straße. Am 17. Februar 2017 fand landesweit die Aktion „A day without immigrants“ statt, an dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Papiere nicht zur Arbeit erschienen. Zahlreiche Restaurants mit internationaler Küche blieben geschlossen. Mithilfe dieser öffentlichkeitswirksamen Aktionen machen die Betroffenen auf ihre signifikante Rolle und Leistung in der Gesellschaft aufmerksam.

Die US-Zivilgesellschaft ist erwacht und bietet der Trump Administration die Stirn. Wenn Populisten an die Macht kommen, zeigt sich die wahre Kraft des Volkes und der Demokratie.

Zsasklin Diana Macumba ist Redakteurin bei Radio Stimme.

Als nach Milošević das Wasser kam

Auszug aus einem Roman



Heute bin ich in der blauen Woche, also beginnt der Unterricht erst um 13 Uhr. Es ist noch Zeit. Ich gehe durch den Wald in Richtung Schule. Ohne den Košutnjak-Wald wäre Belgrad wahrscheinlich um Einiges unerträglicher. Zumindest schützt er vor dieser quälenden Hitze. Ich erinnere mich, wie wir damals während des Bombardements fast jeden Tag hier verbracht haben. Sobald die Sirenen anfangen zu heulen, schnappten wir unsere Räder und fuhren in den Wald. Überall war es gefährlich und dennoch ließen wir uns nicht beirren

von diesem Vakuumzustand, in dem das Land sich befand. Der Wald bot uns Schutz. Am nördlichen Ende, dort, wo sich die Stadt als künstliche Grenze zwischen den Košutnjak und die Kornfelder der Pannonischen Tiefebene schiebt, befindet sich das alte Schwimmbad. Damals waren die breiten, aquamarinblauen Becken noch leer und stark verfallen. Im Grunde kenne ich sie nur so. Nach dem Krieg bin ich dort kein einziges Mal schwimmen gegangen. Bis heute nicht. Das Wasser kam erst, nachdem sie Milošević verhaftet hatten.

Damals saßen ich und meine Kumpels auf dem Zehnmeterurm und zeigten den vorbeidröhnenden NATO-Fliegern den Vogel oder den nackten Arsch, verfluchten im Minutentakt alle Länder, die am Bombardement teilnahmen und kauten Sätze wieder wie: Von Belgrad bis Tokio töte, vernichte, damit der Muslim nichts errichte. Sätze, die wir von unseren Eltern oder älteren Mitschülern lernten und bei denen wir keine Konsequenzen befürchten mussten. Zumindest damals nicht. Alles geschah im Namen dieses grauen Herrn mit der tiefen



Stimme und dem Schweinegesicht. Ich liebte Milošević. Ich liebte ihn, weil mein Vater, der Trottel, ihn auch liebte. So wie Tito liebte er Milošević zwar nicht. Aber beinahe so. Er arbeitete schließlich für ihn, arbeitet immer noch, zwar für andere, aber im Grunde, das weiß ich, trauert noch ein nicht zu verachtender Rest der alten Zeit nach. Er hat einen kleinen Posten im Innenministerium und fristet sein Beamten-dasein als Ameise unterm Neonlicht irgendwelcher Archive. Als der Krieg vorbei war und neue Schergen sich anschickten, das Land ausbluten zu lassen, wurde mein Vater, der hinterfotzige Kommunistensohn, nicht etwa ersetzt; er wurde lediglich zurechtgestutzt und angepasst. Ihm machte das nichts aus, schließlich war es schon das fünfte Mal, dass er angepasst wurde. Beamte aus dem ehemaligen Jugoslawien sind zähe Bastarde. Sie verfügen über eine beachtliche Lebensdauer und eine nach oben hin unbändige Unterwürfigkeit. Was in ihnen genau vorgeht, weiß ich bis heute nicht. Schließlich war mein Vater, was das betrifft, schon immer ein stummer Schurke, eines jener gesichtslosen Exemplare, ohne die kein von Menschen gemachtes System langfristig überleben könnte.

Ich liebte also Milošević. Wir alle liebten ihn, obwohl wir uns bis zur vierten Klasse einen Scheiß um ihn gesichert hatten. Als die Flieger jedoch kamen, begannen wir, ihn abgöttisch zu lieben. Die erste Bombe, die 1999 auf Belgrad fiel, konnte ich mit eigenen Augen sehen. Naja, nicht direkt die Bombe, aber einen kleinen Teil davon, was so eine Bombe halt ausmacht. Ich war elf, das Basketballtraining gerade vorbei und ich auf dem Heimweg, da sah ich den kurz aufflackernden Lichtkegel, wie er den Abendhimmel über den Dächern unseres Viertels entzweiriss, hörte verspätet die Detonation und rann-te anschließend wie ein Verrückter durch die Straßen und brüllte: „Es hat angefangen, es hat angefangen!“ Zu Hause warteten meine Mutter und der Nachbar, der kein Telefon besaß und von unserem aus versuchte, seine Familie zu erreichen. Vater, dieser dumme Mensch, wusste schon vorher, wann die ersten Bomben fallen würden. Er sei vom Ministerium angerufen worden, sagte meine Mutter. Danach war er für mindestens eine Woche weg. Am nächsten Tag jedenfalls wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Frau des Präsidenten, die wir nicht so liebten wie ihn, schrie wie

verrückt ins Mikro: „Wir lassen uns nicht zu den neuen Juden Europas machen!“ Das Publikum, das mir damals schon komisch und steif vorkam, applaudierte frenetisch. Ich erinnere mich, wie ich meine Mutter fragte, was denn Juden seien, in etwa so: „Mama, was sind Juden?“ Sie gab mir daraufhin einen leichten Schlag auf den Hinterkopf und antwortete nur: „Hör doch zu: Wir!“

Ich weiß, dass wir keine Juden sind. Heute weiß ich es. Heute, auf dem Weg zur Schule, hier in diesem Wald weiß ich es. Was wusste ich als Kind? Ich kannte die Straße, in der ich mit meinen Kumpels spielte: eine schmale Sackgasse oberhalb unseres Wohnblocks, die uns jedoch genug Platz für allerlei Sportarten bot, in denen Jugoslawien damals gut war. Also zeichneten wir Kreise auf Holzbretter und spielten ein paar Monate lang Basketball, als die jugoslawische Mannschaft 1998 in Athen Weltmeister wurde. Aus den Magnetbändern alter Kassetten wurden dann mannshohe Netze von einer Straßenseite zur anderen gespannt, als kurz nach den Basketballern die Volleyballer in Japan Silber holten. Wenn ich mir die Belgrader Viertel



Homophob sind die anderen – wie Homosexuellen-Rechte für Nationalismus missbraucht werden. **Petra Permesser** in der **Radio-Stimme-Nachlese**.



auf Seite
28

heute anschau, scheint sich in dieser Hinsicht nicht viel verändert zu haben, von den Sportarten vielleicht abgesehen. Egal wie groß der Hunger ist, eine Goldmedaille kann die Serben für einige Monate zumindest ideologisch durchfüttern. Darum meide ich nachts das obere Viertel, wo die Fanatiker und Hooligans nur auf einen Fehler der Anrainer warten. Egal ob du jung und flink bist, oder alt und gebrechlich, sie schlagen dich so oder so kaputt. In der Liebe zum Sport zeigt sich, wer am Ende des Tages ein wahrer Serbe ist.

An den alten Supermarkt, eine Parallelstraße weiter, kann ich mich auch noch gut erinnern, an die ewig langen Schlangen fürs Öl und den Zucker. Ich und meine Freunde waren klein und schlaksig, konnten daher die Schlangen leicht umgehen. Im Supermarkt verwandelten wir uns in tollwütige Affen. Allerlei befremdliche Rituale, die freilich nur für uns Sinn ergaben und bei den Erwachsenen im Angesicht der Misere für Ärger und Ratlosigkeit sorgten, wurden hier uraufgeführt. Wir stahlen den Leuten das Geld aus den Taschen, bewarfen sie mit Steinchen, schrien herum, kletterten die Regale rauf und runter, pissten auf den Boden, um so die Aufmerksamkeit der Verkäuferinnen auf uns zu lenken, damit jemand aus unserer Gruppe die Schokobananen oder Kaugummis stehlen konnte, die sie einmal im Monat im Sortiment hatten. Natürlich hatten wir kein Geld. Wir brauchten aber auch keins. Nemanja, mein bester Kumpel, war immer ein wenig flinker als wir, quasi der geborene Dieb. Er stopfte sich die Taschen voll, während wir die Ohrfeigen vom Personal

kassierten, was wir aber gerne taten. Später wurde die Beute gerecht an alle aufgeteilt. So machten wir aus den internationalen Sanktionen für die Republik Jugoslawien ein großes Spiel für uns.

Der 24. März kam. Die Flieger kamen und brachten Tomahawks und Streubomben. Das kümmerte uns wenig, weil wir nicht genau wussten, was Tomahawks und Streubomben waren. Wir imitierten ja nur die nationalistischen Grunzlaute unserer Eltern. Erst Jahre später wurde mir bewusst, was in der Stadt während des Bombardements überhaupt ablief. 1999 jedoch kümmerten mich andere Dinge. Mein ganzes Wesen war nur auf eins konzentriert: den Ausnahmezustand. Irgendwann Ende März sprach der Präsident die magischen Worte aus, jene Worte, die mich und die restlichen Kinder dazu veranlassen, ihn zu lieben. Wir konnten gar nicht anders: Mit sofortiger Wirkung war die Schule geschlossen und wir alle, auch die schlechten Schüler, bekamen ein Sehr Gut ins Zeugnis. Während die Erwachsenen um unsere Sicherheit bangten, waren wir schon längst in den Wäldern und auf den menschenleeren Straßen. Wir hassten die Drecksländer, die uns zu den neuen Juden Europas machen wollten, und liebten dafür Milošević, diesen schweinsgesichtigen Mann, der so mächtig war, dass er uns allen einfach so Einsen ins Zeugnis geben konnte. Er hatte uns zu den glücklichsten Kindern der Welt gemacht, und zum Dank lernten wir von ihm, wie man abgrundtief hasst: Amerika, Deutschland, die NATO, Tony Blair, Bill Clinton und all die anderen Namen, die während

dieser Zeit ununterbrochen im Fernseher und Radio wiederholt wurden. Doch so schnell die Flieger gekommen waren, so schnell verschwanden sie auch wieder. Das Spiel war vorbei, bevor es für uns richtig begonnen hatte, und alles nahm wieder seinen gewohnten Lauf, was im Jugoslawien der Übergangsjahre so viel wie Stillstand und Langeweile bedeutete.

Ich weiß eigentlich nichts von der NATO, von Tony Blair und seiner Außenpolitik oder von Deutschland. Ich weiß im Grunde auch nichts über Milošević, damals wie heute nicht. Ich weiß, dass damals, vor sieben Jahren, keine Spiele gespielt wurden und die Menschen mehr Angst hatten: Angst vor der Wahrheit, vor Kroaten und Muslimen, Angst vor dem Krieg, den sie selbst begonnen hatten, Angst vor Amerika, Angst vor den Bomben, Angst vor den Brücken, auf die Bomben fielen, Angst vor der Erde, auf die ebenfalls Bomben fielen, Angst vor den Städten und Angst vor den Dörfern. Diese Angst war nach dem Bombardement nicht einfach verschwunden, sie wurde weitergetragen und verformte sich. Ich erinnere mich noch gut an diese abstruse Angst vor der Sonnenfinsternis, die einige Monate nach dem Bombardement das ganze Land lahmlegte. Mein Vater, der Drecksack, schlug mich damals grün und blau, als ich die Jalousien ein wenig öffnen wollte, um etwas von der Lichtstimmung, diesem seltsamen Grau, zu erhaschen. Später tat er dann so, als hätte er mich vor der sicheren Erblindung gerettet. Diese große Angst ist heute zu einer seltsamen Art von Verwirrtheit geworden. Letztendlich sind wir die Erben unserer Eltern, also erbten wir auch



diese Verwirrtheit und ergänzten sie durch unsere eigenen, hausgemachten Ängste. Diesen eingekochten Angst-Verwirrtheit-Sud zur Gänze zu beschreiben, ist nicht möglich, weil er einer stetigen Veränderung unterliegt. Wie dieser Wald.

Durch diesen Wald laufen mehrere Wege in ein und dieselbe Richtung. Doch die Wege verändern sich, neue Trampelpfade entstehen, andere wachsen wieder zu, aber an ihrem Ende kommt man immer am selben Ort heraus: in der Stadt. Der Košutnjak-Wald ist eine mehr als dreihundert Hektar große, immergrüne Insel. Ohne ihn bekämen wir in Belgrad nur Asphalt zu sehen, nur Smog zu atmen. Er ist für mich ein Umweg, aber einer, den ich gerne gehe. Entfernt höre ich das Gebrüll aus dem Schwimmbad. Die Volksschüler und restlichen Gymnasiasten haben schon seit letzter Woche Ferien und dümpeln nun in der lauwarmen Chlorbrühe vor sich her. Wir Maturanten sind

erst in zwei Tagen dran. Für heute haben sie ein Hoch angesagt. Die Hitze drückt unter den Baumkronen nicht so stark wie auf dem nackten Asphalt. Trotzdem schwitze ich wie unter zehn Sonnen. Ich bin angespannt. Es ist nicht die Hundshitze allein, die mich nervös macht, sondern eine Mischung aus unruhigen Gedanken an den bevorstehenden Notenschluss und den Erinnerungen an das Bombardement. Ich verlasse den Hauptweg und gehe tiefer in den Wald hinein. Der schmale Pfad, zu dessen Entstehung ich als Kind durch mein exzessives Fahrradfahren maßgeblich beigetragen habe, führt nicht Richtung Schule. Ich nehme ihn trotzdem. Die Baumkronen werfen graue Schemen auf den schmalen Erdweg, der hier und da von Lichtkegeln entzweigerissen wird. Die Erde ist trocken. Kein Matsch, in dem meine Füße versinken und keine Blätter, die unter meinen dünnen Sohlen rascheln könnten. Ab und an knistert es im Dickicht, Geräusche, die mich

an allerlei Kriechtier denken lassen. Entfernt zwitschert allerlei Federvieh ein atonales Durcheinander. Alles ist scheinruhig, eine Landschaft in Aufbruchsstimmung. Ich schaudere kurz und greife sogleich diesen Schauer auf, der sich als falsche Erinnerung an glücklichere Tage einnisten wollte. Eine merkwürdige Stille kehrt ein, ungewöhnlich für ein so lautes Land. Ich schaue rauf zu den aus Abermillionen Strichen zusammengefügteten Netzen, die, wenn ich den Blick wieder nach vorne richte, als Äste für sich allein stehen und im leeren Raum nach Luft greifen. Meine Gedanken sammeln sich langsam wieder. Grobe Holzstücke knacken endlich unter meinen Füßen und durchbrechen die für einen Großstadtbengel wie mich ungewohnte Ruhe. Ich werde wacher, gehe immer weiter den Pfad entlang. Nach ungefähr zehn Minuten schlendere ich einen steilen Abhang runter, der uns beim Fahrradfahren immer als Mutprobe diente. Unten angekommen führt der Weg noch einige Meter weiter. Dann, hinter einer Böschung, beginnt wieder die Straße.

Marko Dinić, geboren 1988 in Wien, lebt und arbeitet als freischaffender Autor in Salzburg. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Belgrad. Seit 2008 lebt er wieder in Österreich. Er ist Gründungsmitglied des Kunstkollektivs *Bureau du Grand Mot*. Intensive Zusammenarbeit mit dem Friedensbüro in Salzburg zum Thema Identität im ehemaligen Jugoslawien. Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Anthologien u. a. in *Kalk*, *Lichtungen* und *Lyrik im Anthropozän*. 2016 war Dinić für den Ingeborg-Bachmann-Preis nominiert.

Im Labyrinth

Die Akademie der bildenden Künste, Wien I., Schillerplatz

Es begab sich, dass Herr Groll und sein Freund, der Dozent, die Gemäldegalerie des Museums für Bildende Künste am Schillerplatz besuchten. Herr Groll hatte gelesen, dass in dem 1877 eröffneten düsteren Kunsttempel von Theophil Hansen eine Ausstellung über Mischwesen aller Art gezeigt werde und da er sich selbst als Mischwesen zwischen Mensch und Donaufachtschiff verstand, wollte er Nachschau halten, ob die Ausstellung auch Verwandte präsentierte.

Nun war Herr Groll von vielen negativen Erfahrungen, was die Erreichbarkeit von Gebäuden und Kulturstätten anlangte, vorsichtig geworden und hatte sich Tage zuvor im Büro der Galerie erkundigt. Einfach draufloszurollen im Vertrauen darauf, man werde als Rollstuhlfahrer schon weiterkommen, ist im Österreich des Jahres 2017 ebenso unmöglich wie im Jahr 1822, als ein Graf Lamberg der kaiserlichen Akademie über 800 Gemälde – unter ihnen Meister vom Range eines Rubens, Ruysdael, Cranach, Holbein oder Tiepolo – vermachte und damit den Grundstein für eine Sammlung legte, die ihresgleichen sucht. Das Weltgerichtstriptychon von Hieronymus Bosch führt alle Todsünden auf, deren die Menschheit überführt werden kann. An prominenter Stelle taucht dabei die Verletzung der Barrierefreiheit auf, sagte Groll, ich will dieses Kunstwerk sehen, das den Zustand dieses Museums beschreibt.

Wie telefonisch geraten, hatten die beiden sich vor dem finsternen Eingang Makartgasse eingefunden, denn an der Hauptstiege hatten behinderte Menschen nichts verloren, und was bei anderen Museen der Welt längst eine Selbstverständlichkeit ist, ordentliche Lifte, Hebezeuge und Rampen beim Haupteingang, und das mit Piktogrammen beschriftet, ist es an der „Bildenden“ mitnichten. Zwar öffnete sich eine schwere Tür, dann ging es bergab in einen Hof und in einen zweiten. Und nirgendwo ein Liftzeichen oder ein Hinweispfeil

für Rollstuhlfahrer. Der Dozent und Groll irrten in den Höfen und Gängen umher, aber jeder Vorstoß endete im musealen Nirwana. Schließlich blieb ihnen nichts anderes übrig, als den Rückweg anzutreten und bei strömendem Regen in der Makartgasse neuerlich den Feldweibel von der Portiersloge anzurufen, denn um einen solchen handelte es, wie Groll feststellen musste, als der mieselsüchtige Zerberus in einem grauen Mantel auftauchte, auf einen verborgenen Lift hinter einer Tür deutete, und davonschlurfte.

Im ersten Stock suchten die beiden eine weitere halbe Stunde nach der Gemäldegalerie (dasselbe wiederholte sich später auf der Suche nach einer Behindertentoilette). Den Mühsamen und Beladenen sollte aber dann doch Erleichterung zuteilwerden.

Herr Groll erwarb an der Kassa einen Katalog der Mischwesen-Ausstellung, vergaß aber nicht, in scharfen Worten auf den diskriminierenden Umgang mit behinderten Menschen hinzuweisen, man möge dies der Rektorin Dr. Blimlinger ausrichten. Daraufhin äußerte die Dame an der Kassa die dümmste aller Ausreden, der Denkmalschutz verbiete ein Rollstuhlzeichen. Tatsächlich, mischte der Dozent sich ein, sei es umgekehrt, der Denkmalschutz bemühe sich immer, Lösungen zu finden, die den Zugang behinderter Menschen und den Schutz der Bauten sicherstellten. Es seien die „Kunden“, die in dieser Frage keinen Kontakt mit dem Denkmalschutz aufnahmen.

Durchnässt und abgekämpft begaben die beiden sich dann endlich auf den Rundgang durch die Gemäldegalerie. Lange verweilten sie vor Bosch's Tryptichon, das Groll an ein *gothic comic* erinnerte.

Später saßen sie im teilweise barrierefreien Café Drechsler und ließen das Erlebte bei einigen Gläsern Veltliner aus dem Kamptal Revue passieren. Österreich habe 2008 unter dem Sozialminister Buchinger^[1] die UNO-Behindertenkonvention unterzeichnet, die wichtigsten Inhalte dieser Konvention – Auflösung von Großheimen, schulische Inklusion, Barrierefreiheit – würden aber bis zum Jahr 2217 auch noch nicht erfüllt sein, meinte Groll. Der Vertrag verpflichte Österreich, die Ziele der Konvention unverzüglich in nationale Gesetze zu fassen und entsprechend zu handeln, bekräftigte der Dozent, tatsächlich geschehe nichts.^[2] Hieronymus Bosch muss an die Österreicher gedacht habe, als er seine Mischwesen schuf. Groll widersprach: die Ausgeburten der Hölle seien freundliche Geschöpfe gegen die Protagonisten der heimischen Behinderten- und Sozialpolitik.

^[1] Mit Erwin Buchingers Abgehen als Bundesbehindertenanwalt verlieren die behinderten Menschen den letzten Verbündeten in der hohen Politik.

^[2] 2005 wurde eine zehnjährige Übergangszeit zur Erreichung der Barrierefreiheit für öffentliche Gebäude, Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe sowie Geschäfte und Arztpraxen eingerichtet. Seit 1.1.2016 ist die Barrierefreiheit in Kraft. Die Wirtschaftskammer hielt aufklärende Seminare ab. Mittlerweile hat der Inhalt der Seminare gewechselt, nun wird den Betrieben diskret nahegebracht, dass man sich nicht sorgen solle, das Fehlen von Barrierefreiheit werde nicht sanktioniert, nicht einmal offensichtlich diskriminierende Baulichkeiten müssten saniert werden. So ist es kein Wunder, dass der Anteil der Geschäfte, die nicht barrierefrei erreichbar sind, zwischen knapp sechzig bis über achtzig Prozent beträgt. Es ist wie vor dreißig Jahren, Tendenz schlechter werdend. Von drei Bundesländern wurden mittlerweile Gesetze erlassen, die die verfassungsrechtlich geforderte Beseitigung von Barrieren ins Gegenteil verkehren. Auch im geförderten Geschoßwohnungsbau dürfen wieder Wohnungen ohne Lifterreichbarkeit gebaut werden.

Pro-queerer Nationalismus

Das von Jasbir Puar entwickelte Konzept des Homonationalismus zeigt, wie vermeintlich fortschrittliche westliche Länder Homosexuellenrechte für einen nationalistischen Diskurs instrumentalisieren.



Ein Plakat, auf dem zwei weiße Frauen kurz vor einem Kuss stehen. Die eine trägt ein weißes Hemd, eine schwarze Hose und ihre blonden Haare hochgesteckt. Die Dunkelhaarige trägt die Haare offen, ein Top und einen Blazer, ihre langen Beine sind unbekleidet. Neben dem sexistischen Foto findet sich folgende Aussage: „In Canada lesbians are considered hot! In Saudi Arabia if you're a lesbian YOU DIE!“ Das Inserat der Canada Oilsands Community sollte im Sommer 2016 für kanadisches Öl werben, denn: „Why are we getting our oil from countries that don't think lesbians are hot?! Choose Equality! Choose Canadian oil!“ Was dieses Inserat mit Gleichberechtigung zu tun hat, ist gänzlich unklar. Klar ist aber, wie die Homosexuellenrechte in Kanada rassistisch und nationalistisch benutzt werden, um ein Produkt zu verkaufen. Das Beispiel der Canada Oilsands Community ist ein besonders plakatives für das Konzept des Homo-

nationalismus. Dass Homonationalismus aber durchaus vielfältiger als das sexistische Bild kanadischer Werbefuzzis ist, soll das nächste Beispiel zeigen.

2010 hätte Judith Butler im Rahmen des Berliner Christopher Street Day den Zivilcouragepreis des CSD Berlin erhalten sollen. Diesen lehnte sie während der Preisverleihung öffentlich ab. Ihre Begründung war die kommerzielle Ausrichtung der Veranstaltung sowie die homonationalistische Haltung der CSD-Organisator_innen. In ihren Vorwürfen nannte sie u. a., dass die Organisator_innen Homophobie als Problem in migrantischen Communitys und nicht in der deutschen Mehrheitsgesellschaft sehen würden. Zudem waren im Jahr 2010 keine Queers of Color Organisationen in die Planung des offiziellen CSD Berlin involviert und damit die Existenz ebendieser von den Organisator_innen negiert. Judith Butler forderte stattdessen

queere antirassistische Bündnisse rund um den CSD sowie die Auszeichnung von Personen und Gruppen, die doppelt diskriminiert wurden, wie z.B. GLADT, LesMigras, ReachOut oder die Gruppe SUSPEKT.

Was ist Homonationalismus?

Was Judith Butler mit der Ablehnung des Zivilcouragepreises des CSD Berlin kritisierte, definierte 2007 Jasbir Puar als Homonationalismus. In ihrem Buch *Terrorist Assemblages* untersucht die US-amerikanische Wissenschaftlerin den *War on Terror* und entwickelt daraus das Konzept des Homonationalismus. In ihrer Analyse untersucht sie einerseits, wie islamistische Täter_innen konstruiert werden, und andererseits, wie sich westliche Nationen wie die USA selbst in Abgrenzung dazu definieren.

Laut Selbstbeschreibung sind westliche Nationen in ihrer LGBTIQ-Politik fortschrittlich.

Sie definieren sich dabei in Abgrenzung zu Regionen, die in dieser Hinsicht weniger fortschrittlich seien. Interessant ist dabei die Definition des Fortschritts. Im Zusammenhang mit LGBTIQ-Rechten wird häufig ein Bild von Queers konstruiert, das sich nahtlos in ein homonormatives Weltbild einfügt. So werden Queers und Heteros dieselben Lebensziele unterstellt: Karriere, monogame Zweierbeziehung, mindestens ein Kind, Haus und Baum. Auch wenn diese Ideale für viele Personen gelten mögen, bleiben sie trotzdem ein Instrument. „Wenn ‚Homosexuellenrechte‘ zu einem Merkmal für den ‚fortschrittlicheren‘ Status europäischer Kulturen instrumentalisiert und benutzt werden, um staatliche Sicherheitsapparate auszubauen, dann ist diese Politik von einem europäischen Nationalismus und der Ausweitung sicherheitspolitischer Machtregime vereinnahmt worden“, hält Judith Butler fest. (Hamann 2010)

Jasbir Puar entwickelte ihre Theorie des Homonationalismus vor dem Hintergrund von 9/11 und der anschließenden Kriege der USA. Die Selbstwahrnehmung als fortschrittlich rechtfertige einen Krieg und führe gleichzeitig zu „Orientalist constructions of Muslim male sexuality as simultaneously excessively queer and dangerously premodern.“ (Puar 2013: 336) Queer kann hierbei in seinem eigentlichen Wortsinn des Abweichens verstanden werden. Puar hält also fest, dass muslimische Männer die ausgegrenzte Rolle von LGBTIQs einnehmen. Gleichzeitig wird ihnen durch die Gleichsetzung mit islamistischen Attentäter_innen ein Bedrohungspotenzial unterstellt – dabei handelt es sich gleichermaßen um eine Bedrohung für das Leben einzelner Personen als auch für die vermeintlich fortschrittliche Gesellschaft. Die mediale Berichterstattung nach den Anschlägen in Paris im November 2015 und – noch deutlicher – in Orlando im Juni 2016 schlagen genau in diese Kerbe.

Kritik am Homonationalismus

Sowohl Jasbir Puar als auch Judith Butler stehen einer homonationalistischen Haltung kritisch gegenüber. Beide kritisieren einerseits das Aus-

blenden queerer Identitäten in muslimischen Gesellschaften und andererseits das Verschweigen von homophoben Taten in den westlichen Mehrheitsgesellschaften.

Der Vorwurf an das schwule Anti-Gewalt-Projekt Maneo, Mitorganisator des CSD-Berlin, bezog sich darauf, dass Maneo homophobe Gewalt nur bei Migrant_innen festmachen und in der Mehrheitsgesellschaft verleugnen würde. Die Freiheiten von Queers in westlichen Gesellschaften müssten daher vor nicht-europäischen Migrant_innen geschützt werden. Judith Butler vermisste bei Maneo etwa die Abbildung der „Bandbreite von Menschen, die auf der Straße, bei der Arbeit oder an der Grenze diskriminiert werden. Wenn das der Fall wäre, würde eine Organisation, die gegen Homophobie kämpft, was absolut notwendig bleibt, gemeinsam mit anderen Gruppen in Bündnissen arbeiten, einschließlich migrantischen Gruppen, die unter Diskriminierungen und Beleidigungen leiden, und Frauengruppen.“ (Hamann 2010)

Israel stellt sich in der politischen Kommunikation und im Tourismus seit einigen Jahren als gay-friendly und damit fortschrittlich dar. Die als Pinkwashing bezeichnete Strategie wird von Wissen-

schafter_innen wie Jasbir Puar und Judith Butler kritisiert. Dadurch, dass der Islam zum zentralen Ort von Homophobie wird, entsteht eine Pathologisierung, ebenso wie eine fehlende Thematisierung von Homophobie in anderen Gesellschaftssystemen. In ihrer Kritik an Israel nehmen sowohl Puar als auch Butler eine Haltung ein, die sich auf die Seite von Hamas und Hizbollah stellt. So bezeichnete Judith Butler Hamas und Hizbollah bei einem Teach-In in Berkeley als links, weil ihre Mitglieder gegen Kolonialismus und Imperialismus kämpfen würden. Sie ließ im Interview mit der *Jungle World* auch offen, ob sie nicht glaubt, dass beide Organisationen antisemitische Positionen vertreten würden. (vgl. Hamann 2010)

Kritik an der Kritik

Dass beide Wissenschaftler_innen dem Aufzeigen homophober Positionen in Minderheiten oder anderen Gesellschaften durch weiße Personen kritisch gegenüberstehen, macht ihre Position angreifbar. Floris Biskamp bringt es auf den Punkt, wenn er über Jasbir Puar schreibt: „Bereits der Hinweis, dass viele westliche Gesellschaften genderpolitische Fortschritte erzielt haben, während in den nicht-

westlichen Gesellschaften Homosexuelle unter ungleich brutaleren Bedingungen leben müssen, erscheint Puar verdächtig, darin wittert sie Rassismus, Orientalismus und Imperialismus.“ (Biskamp 2010) Judith Butler schlägt stattdessen vor, „den Minderheiten-Gruppen zu folgen, die gegen Homophobie in ihrer eigenen Community und gleichzeitig gegen den Rassismus innerhalb der Mainstream-Gay-Bewegung kämpfen. Sie sind es, die sich diesem Problem konkret widmen. Diese Doppelstrategie ist extrem wichtig. Ich glaube also nicht, dass der Vorwurf des Homonationalismus als Zensur dient. Der Homonationalismus sorgt lediglich dafür, ethnische oder religiöse Minderheiten mit aktueller Homophobie in eins zu setzen. Das ist eine Verschiebung, ja eine Lüge, und das muss kritisiert werden.“ (Hamann 2010)

Literatur

Biskamp, Floris (2010): Ist jihadistisch das neue schwul? In: *Jungle World* 49, 9.12.2010.

Hamann, Katherina (2010): „In diesem Kampf gibt es keinen Platz für Rassismus“. Interview mit Judith Butler. In: *Jungle World* 30, 29.7.2010.

Puar, Jasbir (2007): *Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times*. Durham NC: Duke Univ. Press.

Puar, Jasbir (2013): *Rethinking Homonationalism*. In: *Int. J. Middle East Stud.* 45(2013), S. 336-339.

Petra Permesser ist Redakteurin bei Radio Stimme.

Die Radio-Stimme-Sendung zum Konzept des Homonationalismus läuft im Mai 2017 bei Radio Stimme auf Radio Orange 94,0. Alle Infos dazu gibt es rechtzeitig unter www.radiostimme.at.



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138



im Kruger Keller



ihwechat

FREMDARBEITER SIND EIN
VERBRECHEN AN UNSERER
ARBEITERSCHAFT
SLAVIK RALLS AUS WI

im Eng

LEWIS

SWEETEN

ümpfe

INER



FOTO CITY

OPERN
CONFISERIE

Die Kontinuität des Ewiggestrigen

Ein Mann steht auf einer belebten städtischen Einkaufsstraße vor einem Kleinbus. Hinter und neben ihm hat sich eine Menschenmenge versammelt: Schaulustige und Teilnehmende einer offensichtlichen Straßenblockade und Kundgebung. Der Mann blickt als Einziger direkt in die Kamera. Sein Gesichtsausdruck ist ernst. Es ist kein warmer, freundlicher Blick, der dem Auge der Kamera begegnet. Vielmehr meint man darin Kälte, Wut, ja Verachtung zu sehen. Er hält Flugblätter in seinen Händen. Viele weitere liegen auf der Straße verstreut. Auf dem Kleinbus im Hintergrund ist folgende Parole angebracht: „Fremdarbeiter sind ein Verbrechen an unserer Arbeiterschaft“ und „Slavik raus aus Wi...“ Die restlichen Buchstaben sind auf dieser Fotografie nicht sichtbar.

Weitere Aufnahmen, die die Fotojournalistin Nora Schuster an diesem Tag gemacht hat (insgesamt 1½ Filme), wie auch der Verweis auf den Wiener SP-Bürgermeister Felix Slavik (1912-1980) verorten die Szene in der Wiener Innenstadt: Kärntner Straße, Ecke Maysedergasse. Sie zeigen auch andere Parolen, die auf dem Bus angebracht sind: „Fremdarbeiter sind eine Erfindung des Kapitalismus“, oder „Nicht die Wirtschaft, die Unternehmer brauchen Fremdarbeiter“, und die immer gleiche Forderung: „Slavik raus aus Wien“. Die Aufnahmen zeigen aber auch deren Urheber, Vertreter_innen der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Österreich (NDP), die 1967 gegründet worden war und bis zur ersten Hälfte der 1980er Jahre die „führende Kraft des österreichischen Neonazismus“ darstellte.^[1]

Recherchen haben ergeben, dass sich die NDP-Aktion an einem Freitag, dem 12. Februar 1971, zugetragen hat. Ein Foto aus Nora Schusters Aufnahmeserie, das die anschließende polizeiliche Räumung des NDP-Busses mit Hilfe der Feuerwehr dokumentiert, erschien mit einem kurzen Bericht vier Tage später in der österreichischen

Wochenzeitung *Wochenpresse*^[2], für die Schuster zum damaligen Zeitpunkt als Fotografin arbeitete. Darin finden sich auch Hinweise auf den vermeintlichen Auslöser der NDP-Aktion: eine Aussage des damals amtierenden Wiener Bürgermeisters Slavik zur Notwendigkeit der Beschäftigung von Migrant_innen.^[3]

Das Jahr 1971 markiert die Hochphase der sogenannten Gastarbeiterbeschäftigung in Österreich, die zwei Jahre später, 1973, ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen sollte. Die Wut, die sich in der Forderung der NDP nach dem Hinauswurf Slaviks aus Wien artikuliert, ist aber nicht nur auf seine Aussage zur Beschäftigung von Arbeitsmigrant_innen zurückzuführen. In ihr artikuliert sich vermutlich auch eine tiefsitzende und historisch verwurzelte Verachtung der NDP gegen alles aus ihrer Sicht „Fremdvölkische“, für die auch der aus dem Tschechischen stammende Nachname des Bürgermeisters Slavik symbolisch steht. Zudem war Felix Slavik bekennender Antifaschist und im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv gewesen. Die Demonstration stellte wohl eine der ersten öffentlichen Aktionen in einer Reihe von rassistischen und rechtsextremen Kampagnen der NDP gegen Migrant_innen dar, die in den Folgejahren publizistisch, mittels Flugblättern oder angestrebten, aber nie realisierten Volksbegehren gegen Einwanderung und drohende „Überfremdung“^[4] politische Stimmung zu machen versuchten. Auch wenn der NDP 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung vom österreichischen Verfassungsgerichtshof der Parteistatus aberkannt und der dazugehörige Verein behördlich aufgelöst wurde^[5], lebten Aspekte ihres neonazistischen Gedankenguts fort und fanden in der rassistischen Politik der FPÖ in den Folgejahren Aufnahme und Niederschlag: etwa im FP-Volksbegehren „Österreich zuerst“ 1993 und im wiederholten Rekurs auf nationalsozialistische Begriffe und Ideologien, wie es die „Stop der Überfremdung“-Plakate während des Wahlkampfs zur Nationalratswahl 1999 exemplarisch zeigten. Im Jahr 1971 wurden der Mann auf dem Foto und seine Mitstreiter mit ihrer Aktion in der Wiener Innenstadt vermutlich als Minderheit einer Gruppe Ewiggestriger abgetan, die die soziale Frage ethnisierten und sich als die einzig wahren Verteidiger der inländischen Arbeiter_innenschaft gegen das Kapital stilisierten. Doch der unaufhaltsame Aufstieg der FPÖ seit Mitte der 1980er Jahre sowie ihre Diskurshegemonie in der Migrationsthematik legen Zeugnis nicht nur von der Kontinuität dieses Gedankenguts, sondern auch von dessen Mehrheitsfähigkeit ab.

^[1] DÖW (21993) (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Deuticke, S. 163.

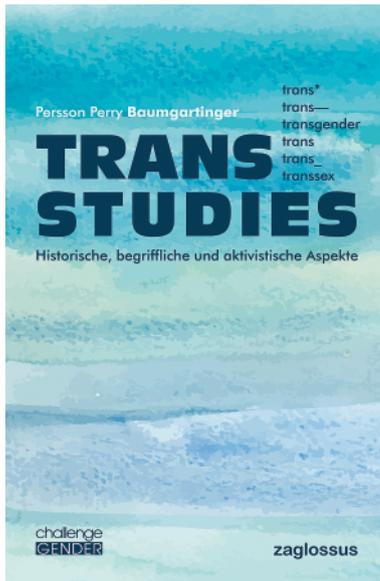
^[2] Die *Wochenpresse* erschien von 1955 bis 1993 als Wochenzeitung der Tageszeitung *Die Presse*.

^[3] *Wochenpresse*, 17.02.1971, S.7.

^[4] So lautete etwa ein Slogan der NDP bei den Wiener Landtagswahlen 1978 „Gegen Überfremdung, für ein deutsches Österreich“.

^[5] DÖW (1993) (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Deuticke, S. 163.

Trans*-Sein ist Aktivismus



Trans Studies.
Historische, begriffliche und aktivistische Aspekte.
Von: Persson Perry Baumgartinger.
Wien: Zaglossus 2017.
322 Seiten; EUR 19,95
ISBN: 978-3-902902-48-1

Seit Jahrzehnten arbeitet Persson Perry Baumgartinger zu den Themen Trans-Forschung und -Aktivismen. Was sind Trans Studies? Wie entstehen sie in den USA und im deutschsprachigen europäischen Raum? Welche Begriffe, welche Themenfelder und welche Verortungen in der Akademia sind möglich als Beitrag zu ihrem revolutionären Potenzial?

Schon 2011 hat Persson Perry Baumgartinger in dem Projekt „Where Have All The Trannies Gone ...“ Interviews mit Wiener Trans*Aktivist_innen „der ersten Stunde“ veröffentlicht. Darin stellt sich etwa Mark Willuhn die Frage, ob in gegengeschlechtlicher Kleidung dem Beruf des Taxifahrens nachzugehen Anfang der 1990er Jahre schon als Aktivismus bezeichnet werden kann und antwortet: „wahrscheinlich zu der Zeit schon.“

TransAktivismus und TransSelbstorganisation sind die Grundlagen der Trans Studies. Susan Stryker, eine der Pionier_innen der Trans Studies schreibt in ihrem Vorwort, dass Trans*Personen die Bedingungen der Wissensproduktion verändern, um ihre Lebensbedingungen zu verändern, denn was wir zu wissen anstreben ist kein neutrales Unterfangen.

Die Forschung zur Genealogie der Trans Studies erfordert einen Kraftaufwand, der von Persson Perry Baumgartinger in dem „vorab“, eine Art „Tagebucheintrag“ – jedem Kapitel ist einer vorangestellt – be-

nannt wird. „Anstrengend“ ist es, das ganze pathologisierende Wissen nicht zu reproduzieren, aber dennoch „neutral“ darüber zu schreiben. Unterdrückungsregime drücken sich auch über die Verwendung von Begriffen aus. So z.B. seitens der österreichischen Verwaltungsbehörden, die bis in die 2010er Jahre den Begriff transsexuell verwenden, obwohl sie spätestens ab den 1990ern mit den Trans*Aktivist_innen in Kontakt sind und diese den Begriff als pathologisierend ablehnen.

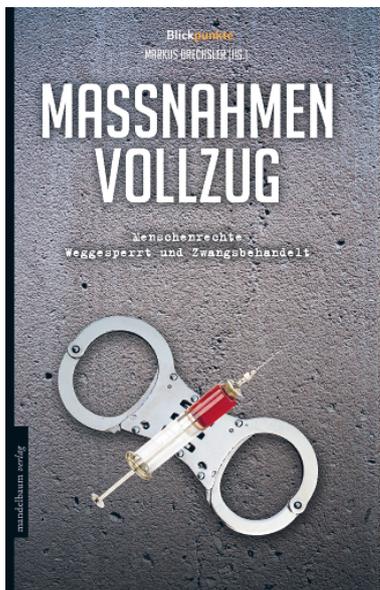
Dem lebhaften Chaos, den Widersprüchen und Reibungen, die Begriffen innewohnen, wird mehr als ein Kapitel gewidmet. Besonders ab Mitte der 2000er Jahre entwickeln Trans_ selbstbestimmte Begriffe und eine Sprache außerhalb der Zweigeschlechternorm. Angestrebt wird nicht ein Sprachkodex, wie „richtig“ kommuniziert werden soll, sondern Ansätze aus trans*inter*queeren, antirassistischen, anti-antisemitischen und enthinderten Zugängen beschreiben eine Vielfalt von Sprachalternativen. Daran angelehnt verwende auch ich

unterschiedliche Schreibweisen wie Trans_, Trans* oder Trans in dieser Rezension.

Viele herausragende Ereignisse auf dem Weg zu den Trans Studies werden in dem Buch benannt. Etwa Susan Strykers Text „My Words to Victor Frankenstein above the Village of Chamonix: Performing Transgender Rage“ von 1994, der Trans ein Werkzeug für politische, wissenschaftliche und individuelle Kämpfe in die Hand gibt. Die erste große europäische Tagung zu Trans* in Zagreb 2005 oder die Interventionen von Trans beim transfeindlichen Kongress im Wiener AKH 1999 zeigen, wie Trans Studies in der Bestimmung über den eigenen Körper, die eigene Psyche und die eigenen Rechte mitbestimmen.

In diesem Buch mit dem grünlich-blauen Umschlag breitet Persson Perry Baumgartinger eine große Menge an Wissen und Forschungsstand vor uns aus. Was für ein Angebot!

Helga Hofbauer



Maßnahmenvollzug.
Menschenrechte weggesperrt und zwangsbehandelt.
Von: Markus Drechsler (Hg.).
Wien: Mandelbaum Verlag 2016.
368 Seiten; EUR 24,90
ISBN: 978385476-527-1

Unkontrolliertes Systemversagen

Der vorliegende Sammelband präsentiert vielfältige Facetten der alltäglichen Praxis des sogenannten Maßnahmenvollzugs und veranschaulicht die zumeist unbekannte Realität anhand konkreter Situationen und Vorfälle.

Über den Maßnahmenvollzug, also die Unterbringung von sogenannten geistig abnormen StraftäterInnen in speziellen Einrichtungen, wird wenig gesprochen. Wenn nicht im Zuge einer Urteilsverkündung erwähnt wird, dass der Täter in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen wird, oder wenn nicht gerade eine Reportage über die unzulängliche medizinische Versorgung von Untergebrachten ein paar Tage lang die öffentliche Aufmerksamkeit erregt, hört man praktisch nichts. Dabei steigt nicht nur die Anzahl der Untergebrachten kontinuierlich, auch deren Verweildauer im Maßnahmenvollzug wird immer länger.

Markus Drechsler, Gründer der „Selbst- und Interessensvertretung zum Maßnahmenvollzug“, hat nun eine Publikation herausgegeben, in der RechtsanwältInnen, StrafrechtsexpertInnen, MedizinerInnen oder Untergebrachte selbst die alltägliche Praxis im österreichischen Maßnahmenvollzug problematisieren, deren negativer Entwicklung

nicht entgegengesteuert wird: Zu schnell kommt man hinein, zu unqualifiziert sind viele Gutachten, zu unbedacht verlassen sich RichterInnen auf Empfehlungen psychiatrischer Sachverständiger, zu inhuman und teilweise menschenrechtswidrig ist der Umgang mit den Untergebrachten, nicht zuletzt im Rahmen von gerichtlichen Anhörungen. Viel zu schwer ist es, aus dem Maßnahmenvollzug wieder herauszukommen. Das System versagt oder hat eine unkontrollierte Eigendynamik entwickelt.

Während ein Teil der Texte schon in anderen Zusammenhängen erschienen ist, wurden andere für den Sammelband neu verfasst – bedauerlicherweise fehlen jedoch Hinweise dazu. Die widerkehrende Darstellung der juristischen Grundlagen für den Maßnahmenvollzug kann beim Lesen lästig sein, ermöglicht aber, dass jeder einzelne Text auch für sich alleine steht. Ärgerlich ist, dass an mehreren Stellen von Personen gesprochen wird, die „an den Rollstuhl

gefesselt“ seien. Diese Wendung wird von RollstuhlfahrerInnen als diskriminierend erlebt und sollte in Publikationen schon lange nicht mehr verwendet werden.

Die Lektüre einzelner Schilderungen von Praxen im Maßnahmenvollzug empört und macht unmissverständlich klar, dass eine Reform des Maßnahmenvollzugs mehr als überfällig ist. Diese müsste sowohl die Praxis der Unterbringung, als auch die Rechtsprechung, das GutachterInnenwesen und die Entlassungsprozeduren umfassen. Schließlich mangelt es außerhalb geschlossener Einrichtungen an bedarfsgerechten und qualifizierten Unterstützungsmaßnahmen, die jedoch die Voraussetzung einer gut begleiteten Entlassung wären.

Vor allem für Menschen, die sich für den Maßnahmenvollzug bzw. für die dort untergebrachten Menschen interessieren, ist das Buch eine anregende und vielfältige Ressource.

Petra Flieger

Stimmen der Selbstvertretung

Ein Meilenstein der österreichischen Selbstvertretungsbewegung: Im „Netzwerk-Buch“ werden Grundsätze, Erfahrungen und Know-how der unabhängigen politischen Arbeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten dokumentiert und reflektiert.

„Das Netzwerk-Buch“ knüpft an die im gleichen Verlag erschienene, erste Publikation der österreichischen Selbstvertretungsbewegung nahtlos an – überführt jedoch den im „Mutbuch“ thematisierten, individuellen Kampf um Recht und Teilhabe auf eine kollektive Ebene. So ist das neue Werk der Selbstvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten gewidmet – also jenen Personen, die ehemals als „Menschen mit geistiger Behinderung“ bezeichnet wurden. Dabei werden die mit Selbstvertretung verbundenen emanzipatorischen sowie widerständigen Praktiken, Organisationsformen und Anliegen vorgestellt und anhand biografischer Erfahrungen illustriert – und zwar durchgehend in leichter Sprache, was die Lektüre sehr angenehm macht.

Im ersten Teil der Publikation erhalten die Leser*innen im Rahmen von zwei grundlegenden Texten einen Überblick zu Prinzipien, Hintergründen und Praktiken der Selbstvertretungsbewegung –

ergänzt mit autobiografischen Erzählungen von österreichischen Selbstvertreter*innen.

Im Zentrum des zweiten Teils – diesem verdankt das Buch auch seinen Titel – steht eine ausführliche Darstellung des Netzwerks Selbstvertretung Österreich; ein überregionaler Zusammenschluss von Selbstvertretungsorganisationen, der mittlerweile seit knapp neun Jahren besteht. Hier werden zunächst Geschichte, Aktionsformen und Erfolge des Netzwerks präsentiert und – die Strukturierung aus dem ersten Teil fortführend – mit Stimmen von Aktivist*innen ergänzt. So erfahren die Leser*innen, wie es Selbstvertreter*innen immer wieder gelingt, ihre Anliegen öffentlichkeitswirksam „in den Vordergrund“ zu rücken. Am Schluss des Buchs stehen ein Leitfaden für gute Unterstützung von Selbstvertretungsgruppen sowie die Grundsätze des Netzwerks Selbstvertretung Österreich.

„Das Netzwerk-Buch“ stellt einen Meilenstein der österreichischen

Selbstvertretungsbewegung dar: Eine derart präzise und gleichzeitig verständlich formulierte Dokumentation der Entwicklung sowie des Knowhows von Selbstvertretung wurde hierzulande bisher nicht geleistet. Den Autor*innen ist es darüber hinaus, wie schon im „Mutbuch“, außerordentlich gut gelungen, Mut zu machen – für den Kampf gegen Diskriminierung und Ungleichheit. Die gewählte Kombination von biografischen Stimmen und programmatisch gehaltenen Texten erweist sich als geschickte Form der Vermittlung, die aufzeigt, wie kollektiver Widerstand von Menschen mit Lernschwierigkeiten praktiziert werden und gelingen kann. Dabei schafft es das Buch, gleichzeitig historisches Dokument, biografischer Erfahrungsbericht, Anleitung für die Praxis und Motivationstext zu sein – auf knappem Raum, in durchgehend verständlicher Sprache.

Tobias Buchner



Das Netzwerk-Buch.
Männer und Frauen mit Lernschwierigkeiten vertreten sich selbst.
Von: Selbstbestimmt Leben Innsbruck – Netzwerk Selbstvertretung Österreich (Hg.).
Neu Ulm: AG Spak Bücher 2016.
98 Seiten; EUR 18,-
ISBN 978-3945959145

FREIWILLIGEN-RUNDE

MONATLICHER FIXPUNKT FÜR MENSCHEN,
DIE EHRENAMTLICH MIT
GEFLÜCHTETEN MENSCHEN TÄTIG SIND.

ORT:
LINDENGASSE 40

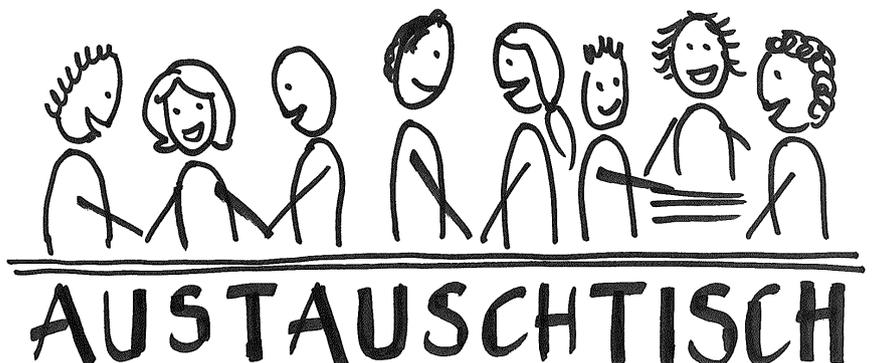
FRAGEN LERNEN LÖSUNG
ERFAHRUNG GEMEINSAM UNTERSTÜTZUNG

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich!

TERMINANGABE & RÜCKFRAGEN

bitte an:
Sabine Miesler (Kontakt & Moderation)
Mail: freiwilligenrunde@gmx.at

Eine Veranstaltung der
Grünen Bildungswerkstatt Minderheiten



ALTER und PFLEGE

Pflege geht uns alle an. Spätestens in zunehmendem Alter sind und werden alle auf punktuelle Betreuung oder dauerhafte Pflege angewiesen (sein). Im Sommerheft der Stimme suchen wir u. a. Antworten auf folgende Fragen: Welche Erwartungen haben Angehörige unterschiedlicher Minderheiten an die Betreuung im Alter? Wie reagieren Pflege- und Betreuungsanbieter auf die zunehmende soziokulturelle Vielfalt ihrer Klientinnen? Und nicht zuletzt: Arbeitsbedingungen der sogenannten Care-Migrantinnen aus Ost- und Südeuropa in österreichischen Haushalten.



stimme

Abonnieren!

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Die **stimme** erscheint seit 1991 als einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich. Seit 24 Jahren informieren wir über die Anliegen und Forderungen der minorisierten Gruppen, diskutieren die Entwicklungen in der Minderheitenpolitik und treten für die Bildung von minoritären Allianzen ein.

Die **stimme** wird regelmäßig an rund 4000 Personen und Einrichtungen versandt. Knapp 200 davon sind zahlende AbonnentInnen.

Ein **stimme**-Jahresabo kostet nur 20 Euro. Als Mitglied der Initiative Minderheiten bekommen Sie die **stimme** kostenlos.

Abonnieren Sie die **stimme** – schicken Sie uns ein E-Mail an: office@initiative.minderheiten.at

Auf ein Wiederlesen!

Ich möchte ein **stimme**-Jahres-Abo bestellen

Ich möchte Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Ich möchte ein **stimme**-Zweijahres-Abo bestellen

Ich möchte förderndes Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Vorname(n):

Jahresabonnement (vier Hefte) inkl. Versand:

Inland EUR 20,- | Ausland EUR 30,-

Zweijahresabonnement: Inland EUR 38,-

Ausland EUR 58,- | Mitgliedschaft: EUR 25,-

Fördernde Mitgliedschaft: ab EUR 100,-

Nachname(n):

Adresse:

Aboverwaltung: Kai Kovrigar

Tel. & Fax: (+43 1) 9669001

abo@initiative.minderheiten.at

www.initiative.minderheiten.at

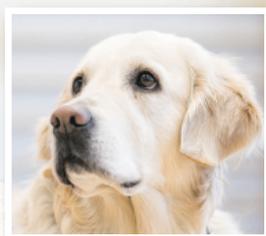
www.zeitschrift-stimme.at

E-Mail:

Mann mit Hund im Kindergarten gesichtet!



Der Kindergarten, in dem Jochen G. mit Kelly schon mehrfach gesichtet wurde.



ACHTUNG:
Wenn Sie diesen Hund sehen, sollten Sie ihn umgehend loben.



Jochen G. mit Hund Kelly

Ist es nicht merkwürdig? Was in den Schlagzeilen steht, wirkt schnell negativ.

Dabei ist Jochen G. (Name der Redaktion bekannt) mit seiner Hündin „Kelly“ in Kindergärten ein gern gesehener Gast. Als Freiwilliger beim Therapiebegleithunde-Programm bringt er Kindern den Umgang mit Tieren bei und vermittelt ihnen, wie man sich gegenüber fremden Hunden verhält. **Wir finden, das ist auch eine Schlagzeile wert.**

Für seine ehrenamtliche Tätigkeit hat Jochen übrigens eine Ausbildung als Hundeführer mit Therapiebegleithund absolviert, die jedem Hundebesitzer und jeder Hundebesitzerin mit gutmütigem Tier offensteht. Wäre das vielleicht auch etwas für Sie?

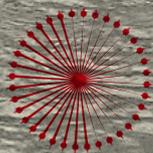
Freiwillig
für Wien
Engagieren
auch Sie
sich!



Eine starke Zivilgesellschaft für ein starkes Wien.

Möchten auch Sie sich engagieren?

Dann schauen Sie auf
www.freiwillig.wien.at



» nächste **stimme** erscheint im Juni 2017

Erscheinungsort: Innsbruck | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck | P.b.b. | Bürgerinitiative Demokratisch Leben | Stimme Nr. 102 | Aufgabepostamt: 1239 Wien | Zulassungsnummer: GZ 02Z031717 S ||
Österreichische Post AG/Sponsoring Post | Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Gumpendorferstraße 15/13, 1060 Wien | ISSN: 2306-9287

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

KUNST

BM | **BF**

bmw 
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

WIEN 
KULTUR

 kultur
burgenland


tirol
Unser Land